

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Weg mit der Nullzins- Schranke!

**Konferenz »Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates«
Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld
Update des monetären Betriebssystems**

Liebe Leserinnen und Leser,

Geldpolitisch war es für Anhänger der freiwirtschaftlichen Geld- und Bodenreform seit Jahrzehnten nicht mehr so spannend wie heute. Etliche Notenbanken experimentieren mit negativen Zinsen an der sogenannten effektiven Zinsschranke. Gerade hat Mario Draghi beim EZB-Forum in Sintra gesagt: »Die Tatsache, dass die Geldpolitik heute an der Zinsschranke steht und die wirtschaftliche Erholung immer noch schwach ist, ist nicht, wie manche argumentieren, ein Grund, um Reformen zu verschieben.« Das meinen wir auch!

Nur denken wir dabei nicht an »Strukturreformen« der üblichen Art. Nicht an noch flexiblere ArbeitnehmerInnen, die entwurzelt und entmenschlicht alles nur für ihren »Lebenserwerb« tun müssen. Nicht an noch mehr Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Konzentration rententragender Assets in den Händen einer superreichen Oberschicht. Nicht an das ständige Zurückstecken von Umweltschutzbelangen hinter wirtschaftlichen Interessen. Nicht an eine weitere Aufblähung der Geldmenge, die dann doch nur bei denen landet, die eh schon zu viel davon haben. Wir möchten eine echte Wende.

Die Gefahren und (somit) die Herausforderungen sind enorm, denn ein Wachstum wie in der Vergangenheit ist zukünftig nicht mehr zu erwarten. Darum müssen Ökonomie, Politik und Gesellschaft nach Wegen suchen, wie wir auch ohne Wachstum gut leben können. Das bedeutet aber, dass auch unser

Finanzsystem ohne Wachstum auskommen können muss. Es gibt kein Naturrecht auf positive Zinsen und Renditen! Die pauschale Stimmungsmache gegen die Niedrig- bzw. Negativzinspolitik ist nicht gerechtfertigt. Und ein geregelter Schuldenerlass ist allemal besser als ein unregelmäßiger Sturz ins finanzielle und damit wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Chaos.

Auf einer hochkarätig besetzten Londoner Konferenz wurde am 18. Mai über die Möglichkeiten zur Durchbrechung der Nullzins-Schranke beraten. Dabei waren auch Befürworter der Abschaffung von Bargeld. So verständlich dieser Wunsch auch sein mag, die Konsequenzen müssen bedacht und öffentlich diskutiert werden. Das Kind darf nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Wir rufen Sie daher auf, unser Positionspapier »Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld« zu unterstützen. Sie finden es auf S. 6-7 in diesem Heft.

Es grüßt Sie



Beate Bockting

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3** Beate Bockting:
Die Nullzins-Schranke durchbrechen!
- 6** Positionspapier:
Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld
- 8** Thomas Seltmann und Ferdinand Wenzlaff:
Warum gerade Kleinsparer von Niedrigzinsen profitieren
- 11** Reinhold Harringer:
Bald kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr?
- 12** Norbert Olah und Dirk Löhner:
Update des monetären Betriebssystems
- I-IV** Nur für INWO-Mitglieder: Regionalseiten mit
Einladung zur Mitgliederversammlung
- 16** Christian Gelleri:
Parallelwährung für Griechenland
- 20** Daniel Meier: Bericht Vollgeld-Initiative Schweiz
- 21** Bestellformular
- 22** Mitgliedsantrag INWO D
- 23** Dolores Glanert:
Hilfe, die wirklich ankommt in Afrika

Impressum

FAIRCONOMY 11. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2015, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 420 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis:

Titelseite: © chrom / pixelio.de, design-angel; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © pixelmaxl / fotolia.com; 5: © Kai Stachowiak / pixelio.de; 6: © Vlado Plaga / INWO e.V.; 8: © Jürgen Fälchle / fotolia.com; 8: © photographie&alltag / fotolia.com; 9: © M. Stappel (DZ Bank); 10: © E. Klär und J. Slacalek (DIW), www.diw.de; 11: © Robert Kneschke / fotolia.com; 12: © FotoHiero / pixelio.de; 13+14: © Norbert Olah; 15: Jürgen Priewe / fotolia.com; 16: © bluesdesign / fotolia.com; 18: © Lupu / pixelio.de; 19: © Steven Fettig / flickr.com; 23: © KORU Kenya

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Die Nullzins-Schranke durchbrechen!

Die Schweizer Notenbank hat Mitte Mai gemeinsam mit anderen eine Konferenz am Imperial College in London veranstaltet, bei der hochrangige Ökonomen eingeladen waren, die sich mit der Durchbrechung der Nullzins-Schranke beschäftigen. Was hat es damit auf sich?



Die Negativzinsen müssen tiefer gehen und in Form einer Haltegebühr auch auf das Bargeld ausgedehnt werden.

Endes könne sogar Geld per Hubschrauber verteilt werden, um Nachfrage und Inflation anzukurbeln (»Helicopter Money«).

Auch Citigroup-Chefökonom Willem Buiter sieht dies so. Aber Buiter hatte schon 2003 gemeinsam mit Nikolaos Panigirtzoglou einen ganz anderen Vorschlag in die ökonomische Diskussion eingebracht, nämlich die Nullzins-Schranke durch einen »Negativzins« auf Bargeld zu durchbrechen² – ein Vorschlag, den Silvio Gesell bereits 1916 in seinem Hauptwerk »Die Natürliche Wirtschaftsordnung« dargelegt und ausführlich begründet hatte.³

Diese zunächst randständige Diskussion unter wenigen Ökonomen bekam eine breitere Öffentlichkeit, als nach Ausbruch der Finanzkrise der Harvard-Ökonom Gregory Mankiw am 18. April 2009 in der New York Times schrieb:

»Die Antwort auf unsere Probleme könnte mehr Negativität sein.«

N. Gregory Mankiw

»It May Be Time for the Fed to Go Negative«. Bei steigender Arbeitslosigkeit und einem durcheinandergeratene Finanzsystem sei es schwer, die Wirtschaft nicht mit negativen Gefühlen zu betrachten, so Mankiw damals, »doch die Antwort auf unsere Probleme könnte mehr Negativität sein« – nicht in der emotionalen Haltung, sondern in Zahlen. Wenn der erwartete Ertrag der Bargeldhaltung durch geeignete Maßnahmen ausreichend negativ würde, könne die FED die Zinsen unter Null senken. Man wäre dann froh, Geld für -3% ausleihen zu können, da der Verlust dann geringer sei, als wenn man einfach Bargeld halte.

Praktische Experimente

Solche und ähnliche theoretische Gedankenexperimente wurden dann auch in Notenbank-

Die nominale Nullzins-Schranke, der Zero Lower Bound (ZLB), ist ein ökonomisches Problem, das auftritt, wenn die nominale kurzfristige Zinsrate nahe Null ist und Wirtschaftsteilnehmer bei gleichzeitig gesunkenen Langfrist-Zinsen ihr Geld nicht mehr anlegen, sondern flüssig halten (die sog. Liquiditätsfalle). Dann wird es für die Zentralbank schwer, Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Das Problem wurde durch Japans Erfahrungen in den 90er-Jahren wieder relevant und das ökonomische Interesse hat nach Ausbruch der Subprime-Krise bis heute immer weiter

zugenommen. Insbesondere Paul Krugman und Michael Woodford haben darauf hingewiesen, dass die herkömmliche Geldpolitik an der Nullzins-Schranke an ihre Grenzen stößt – während Milton Friedman im Gegensatz dazu argumentierte, die Notenbank könne auch bei Nullzins die Geldbasis beliebig ausweiten, sie bräuchte nur Anleihen aufzukaufen.¹ Letzten

¹ Milton Friedman: »Canada and Flexible Exchange Rates«. Keynote Speech bei der Bank of Canada.

² »Overcoming the zero bound on nominal interest rates with negative interest on currency: Gesell's solution,« with Nikolaos Panigirtzoglou, Economic Journal 113(490), Oct. 2003, 723-746.

³ Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Selbstverlag, Les Hauts Geneveys 1916; 9. Auflage herausgegeben von Karl Walker: Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf 1949.

Kreisen durchgeführt, so dass tatsächlich die Dänische Nationalbank als erste von 2012 bis 2014 mit leicht negativen Einlagenzinsen experimentierte. In jüngster Zeit haben neben der Dänischen Nationalbank die Schweizerische Nationalbank, die Europäische Zentralbank und die Schwedische Reichsbank die Zinsen am kurzfristigen Ende in den negativen Bereich, also unter den »Zero Lower Bound«, gedrückt. Das derzeitige Ausmaß und die Tiefe der negativen Zinsen ist so noch nie dagewesen. Man kann daher durchaus vom Beginn einer Zeitenwende sprechen.

Diese praktischen Experimente führten zu der Frage, ob das Konzept der Nullzins-Schranke überhaupt Gültigkeit besitze. Oder zu Überlegungen und Berechnungen, wo denn dann die Grenze für nominale Negativzinsen liege, wenn nicht bei Null? Schließlich verursachen Transport und sichere Aufbewahrung von Bargeld auch Kosten. Man spricht daher inzwischen von einem »Effective Lower Bound« (ELB), der unter Null liegt.

Benoît Cœuré, Mitglied des EZB-Direktoriums, beantwortete die Frage, wo dieser ELB liegt, jüngst so⁴:

»Die EZB operiert auf Basis eines Korridor-Systems. Wir haben eine Zinsrate, zu der wir normalerweise den monetären und finanziellen Institutionen den Großteil unserer Liquidität zur Verfügung stellen, den Hauptrefinanzierungszins (MRO-Zins, für Main Refinancing Operations). Außerdem haben wir den Spitzenrefinanzierungssatz, der eine Bandbreite über dem MRO-Zins liegt und zu dem Banken Übernachtkredite aus unserer ständigen Spitzenrefinanzierungsfazilität erhalten können. Und schließlich haben wir den Einlagenzins, das ist der Zinssatz der Einlagefazilität, zu dem Banken ihre Überschussreserven, die über die Mindestreserven hinausgehen, deponieren können, und dieser ist um eine Bandbreite unter dem MRO-Zins fixiert.

Seit unseren geldpolitischen Entscheidungen im September 2014 ist der MRO-Zins bei 5 Basispunkten, der Spitzenrefinanzierungszins bei 30 Basispunkten und der Einlagenzins bei minus 20 Basispunkten festgesetzt.

Unter normalen Bedingungen würde der sogenannte »Leitzins« makroökonomischer Modelle mit dem MRO-Zins korrespondieren. Dies ist der Zinssatz, der normalerweise mit dem Zins für private kurzfristige Interbankentrans-

»Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Zentralbankpolitik bald an die Grenze des Effective Lower Bound stößt, wenn geringe Wachstumsaussichten es nötig machen, die nominalen Zinsen noch tiefer zu setzen.«

Diesem Spaß würde eine Haltegebühr auf Bargeld ein Ende bereiten. Auch auf Konten muss die Hortung von Liquidität unterbunden werden.



aktionen zusammenhängt, mit dem EUONIA. Allerdings, in einer Umgebung überschüssiger Liquidität und fortwährenden Spannungen auf den Finanzmärkten, wie wir sie heute erleben, ist es nicht länger möglich, unsere Politik durch einen einzigen »Haupt«-Leitzins zu definieren. Wenn man einen solchen Zinssatz mit dem EUONIA gleichsetzen will, würde man zu dem Schluss kommen, dass unser Leitzins bei ungefähr minus 10 Basispunkten liegt. Aus dieser makroökonomischen Perspektive ist unsere effektive Zinsschranke also leicht negativ. Aus betriebstechnischer Perspektive korrespondiert die Zinsschranke mit dem Einlagenzins, der theoretisch auf einem noch negativeren Niveau gehalten werden kann, wegen der Kosten für die Aufbewahrung und den Transport von Bargeld.«

In seiner Rede betonte er aber zugleich, dass obwohl der ELB bestehe, dieser de facto aber keine bindende Beschränkung für die Wirksamkeit der Geldpolitik darstelle. Die EZB habe ja unkonventionelle Maßnahmen zur Verfügung. »Durch diese erweiterten Instrumente sind wir in der Lage, direkten Einfluss auf viele langfristige Zinssätze zu nehmen, statt nur eine sehr kurzfristige Zinsrate für die Reservehaltung der Banken zu kontrollieren.« Die EZB kauft seit Januar öffentliche Anleihen mit Restlaufzeiten zwischen zwei und 20 Jahren auf, die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 8 Jahre. »Das ist eine noch nie dagewesene Verlängerung des Zeithorizonts, bis zu dem wir Zinsen beeinflussen.« Das mag richtig sein, doch aus verschiedensten Gründen kann man eine Aufblähung der EZB-Bilanz durch massenhaften Aufkauf von Staatsanleihen auch sehr kritisch sehen.

ZLB-Forschung ist wichtig

Cœuré nannte vor allem drei Gründe, warum er es *derzeit* in Europa nicht für angebracht halte, die effektive Zinsschranke zu durchbrechen:

Erstens würde dies nicht alle geldpolitischen Probleme lösen. Die in Krisenzeiten auftretenden Schocks würden unter anderem den geldpolitischen Transmissionsmechanismus beeinträchtigen. Zweitens würden anhaltend niedrige Zinssätze ein Risiko für die Finanzstabilität darstellen. Die Risiken der Blasenbildung und des exzessiven Leveraging würden noch zunehmen, wenn der ELB durchbrochen würde. Und drittens könne es auch durchaus wirtschaftlich und demografisch bedingte Ursachen für das Absinken der Realzinsen sogar unter Null geben. So spielten geringe Produktivität und rückläufiges Bevölkerungswachstum in Europa eine Rolle.

Dabei betonte Cœuré trotzdem mehrmals, dass er Forschungen zur Durchbrechung der Zinsschranke begrüße und die Konferenz für sehr wichtig halte. Vielleicht muss die EZB auch schon bald darauf zurückkommen, denn Mario Draghi führte nur wenige Tage später beim EZB-Forum in Sintra aus, dass geringe Wachstumsaussichten es nötig machen könnten, die nominalen Zinsen noch tiefer zu setzen, um die Wirtschaftsleistung wieder anzukurbeln. Dabei wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Zentralbankpolitik an die Grenze des Effective Lower Bound stoße. Um ihr Mandat zu erfüllen, müsse die EZB dann erneut zu unkonventionellen Maßnahmen greifen, so Draghi.

Abschaffung von Bargeld

Zur Diskussion um die vollständige Abschaffung von Bargeld, die in London vor allem vom ehemaligen IWF-Chefökonom Kenneth

»Es ist wichtig, die Vorteile der Negativzins-Politik herauszuarbeiten und der breiten Bevölkerung klar zu machen. Diese dürften für mindestens 80 Prozent der Bevölkerung deutlich überwiegen.«

Rogoff vertreten wurde, sagte Cœuré: »Kurz gesagt kann ich mir zwar sehr gut eine Welt ohne Bargeld vorstellen, aber ich betrachte dies als Folge sich verändernder Technologien und gesellschaftlicher Vorstellungen, nicht als Folge geldpolitischer Verordnungen.« Es sei schwer für die Verantwortlichen, die Bargeldabschaffung ernsthaft in Erwägung zu ziehen, weil psychologische und operationelle Faktoren dem entgegenstünden. Die Bargeldnutzung mit ihrem garantierten Ertrag von Null

sowie eine positive nominale Verzinsung von Einlagen seien sehr tief in der Psyche der Wirtschaftsteilnehmer verwurzelt. Sparer würden bereits einen Negativzins auf Bankguthaben für eine ungerechte Vermögens-Besteuerung halten. Diese auf Bargeld auszuweiten würde diese Wahrnehmung noch verstärken und auch weniger finanzkräftige Bürger treffen.

Im Hinblick hierauf ist es daher wichtig, die Vorteile der Negativzins-Politik herauszuarbeiten und der breiten Bevölkerung klar zu machen. Diese dürften für mindestens 80 Prozent der Bevölkerung deutlich überwiegen. Es ist dazu auch kein »War on Cash« (Krieg gegen Bargeld) nötig, wie ihn manche heraufbeschwören. Es sind auch andere technische Lösungen denkbar.

Dimensionen der Thematik

Dass sich die gesamte ZLB-Thematik aber nicht nur um die Abschaffung von Bargeld dreht, sondern sehr viele Dimensionen hat, hat die Londoner Konferenz gezeigt. Leider liegt noch keine Dokumentation der vielen Redebeiträge der Konferenz vor. Interessant wären nicht nur die programmatischen Reden von Kenneth Rogoff und Willem Buiter, sondern auch die Beiträge zu den drei Podiumsdiskussionen:

- Panel 1: »Perspektiven der Marktteilnehmer« mit Scott Bessent (Soros Fund Management), Alan Howard (Brevan Howard), Andrew Morton (Citigroup) und Nikhil Srinivasan (Generali)
- Panel 2: »Ökonomische, finanzielle, gesetzgeberische und praktische Fragen« mit Marvin Goodfriend (Carnegie Mellon University) zur Implementierung bei der Zentralbank, David Humphrey (Florida State University) zu Aspekten der Zahlungssysteme, Harold James (Princeton University) zur Geschichte von Parallelwährungen und Miles Kimball (University of Michigan) zu praktischen Details von Negativzinsen
- Panel 3: »Perspektiven der Zentralbank« mit Katrin Assenmacher (Schweizerische Nationalbank), Ulrich Bindseil (EZB), Niels Lynggard Hansen (Dänische Nationalbank) und Jamie McAndrews (Federal Reserve Bank of New York)

Miles Kimball schrieb in seinem Blog »Confessions of a Supply-Side Liberal« am Tag danach von einer fantastischen (»amazing«) Konferenz. Man findet auf seiner Internetpräsenz auch jede Menge Material und Argumente für die Durchbrechung der Nullzinsschranke: <http://blog.supplysideliberal.com>

Wir erwarten mit Spannung die weitere Diskussion, die hoffentlich der Erkenntnis zum Durchbruch verhilft, dass die Nullzins-Schranke durchbrochen werden muss. Mit unserem Positionspapier auf den folgenden beiden Seiten wollen wir dazu einen Beitrag leisten. ■

Beate Bockting

² »How binding is the zero lower bound?« Rede von Benoît Cœuré anlässlich der Konferenz »Removing the zero lower bound on interest rates«, organisiert von Imperial College Business School, Brevan Howard Centre for Financial Analysis, CEPR und Schweizerische Nationalbank, London, 18. Mai 2015. [Im Internet verfügbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2015/html/sp150519.en.html>]

Stabile Währung

durch Haltegebühr auf Geld

Den Zentralbanken gelingt es immer noch nicht, den Geldwert stabil zu halten. Niedrige Inflationsraten und Zinsen führen außerdem auf den Güter- und den Kapitalmärkten zu neuen Problemen. Eine spürbare Belastung der liquiden Mittel, die den Geldstrom in Fluss hält, könnte die Probleme lösen und den Notenbanken negative Leitzinsen ermöglichen..

Auf den Güter- und Kapitalmärkten treten zurzeit Probleme auf, für die es keine Lösung zu geben scheint:

- die günstige Wirkung positiver **Inflationsraten** auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage lässt nach, während eine durch traditionelle Geldpolitik nicht beherrschbare Deflation in gefährliche Nähe rückt;
 - die günstige Wirkung positiver **Zinssätze** auf die Bereitschaft der Sparer zur langfristigen Anlage lässt ebenfalls nach, weil es zwischen kurz- und langfristigen Zinsen kaum noch Unterschiede gibt: die Zinsstrukturkurve verläuft im Euroraum fast flach.
- Sinkende Zinsen und Inflationsraten führen zu einer **Ausweitung der Liquiditätshaltung**, die die **gesamtwirtschaftliche Nachfrage hemmt** und die **Spekulation begünstigt**. Die Vorliebe für Liquidität wird zum **zentralen Problem der Währungspolitik**.

Eine Rückkehr zu höheren Inflationsraten und Zinssätzen ist nicht mit einfachen Mitteln erreichbar und auch nicht wünschenswert. Stattdessen sollte die **Liquiditätshaltung selbst durch eine Gebühr belastet werden**. Dadurch werden kleine und große Geldbesitzer veranlasst, den Umfang ihrer **Liquiditätshaltung** auf das für ihre Transaktionen benötigte Maß zu begrenzen: Der Hang zur Liquidität wird auch bei niedrigen Zinsen und Inflationsraten eingedämmt.

Die **Belastung der liquiden Mittel** (Zentralbankgeld) sollte ca. 5% p.a. betragen und möglichst tagesgenau abgerechnet werden. Sie ließe sich heute

- beim Bargeld (= Zentralbankgeld in privater Hand) in die Sicherheitsstreifen der Banknoten einprogrammieren und
- bei den Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken durch schlichte Abbuchung bewerkstelligen. Auch eine Gebühren-Belastung der Bankguthaben wäre durch Abbuchung möglich.

Indem den Geschäftsbanken der **Fluchtweg ins Bargeld oder in Zentralbankguthaben versperrt** wird, erhalten die Notenbanken die Möglichkeit, den **Leitzins**, falls erforderlich, **ausreichend negativ** zu setzen. Die **Nullzinsschranke** wird **überwindbar**, ohne das Bargeld abzuschaffen. Es genügt, mittels der **Haltegebühr** die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes einzuschränken.

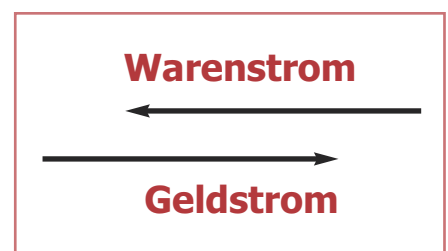
Eine solche Belastung der liquiden Mittel löst die Probleme, die die niedrigen Inflationsraten und Zinssätze mit sich bringen:

- **Auf den Gütermärkten** würde eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit eine Glättung der Konjunktur erreicht, zumindest aber die Gefahr einer Deflation gebannt. **Der stabilisierte Geldstrom trägt dann den Strom der Arbeitsprodukte** kontinuierlich, er unterbricht ihn nicht mehr (siehe Grafik 1). Das Gesamtangebot wird nur noch durch die Arbeitsbereitschaft der Menschen und die rechtlichen und kulturellen Rahmenbedingungen begrenzt – nicht mehr durch die Gesamtnachfrage. Auch bei stabilem Geldwert und selbst bei einem langfristigen Realzins nahe Null kann die Wirtschaft dann in die Vollbeschäftigung hineinwachsen.

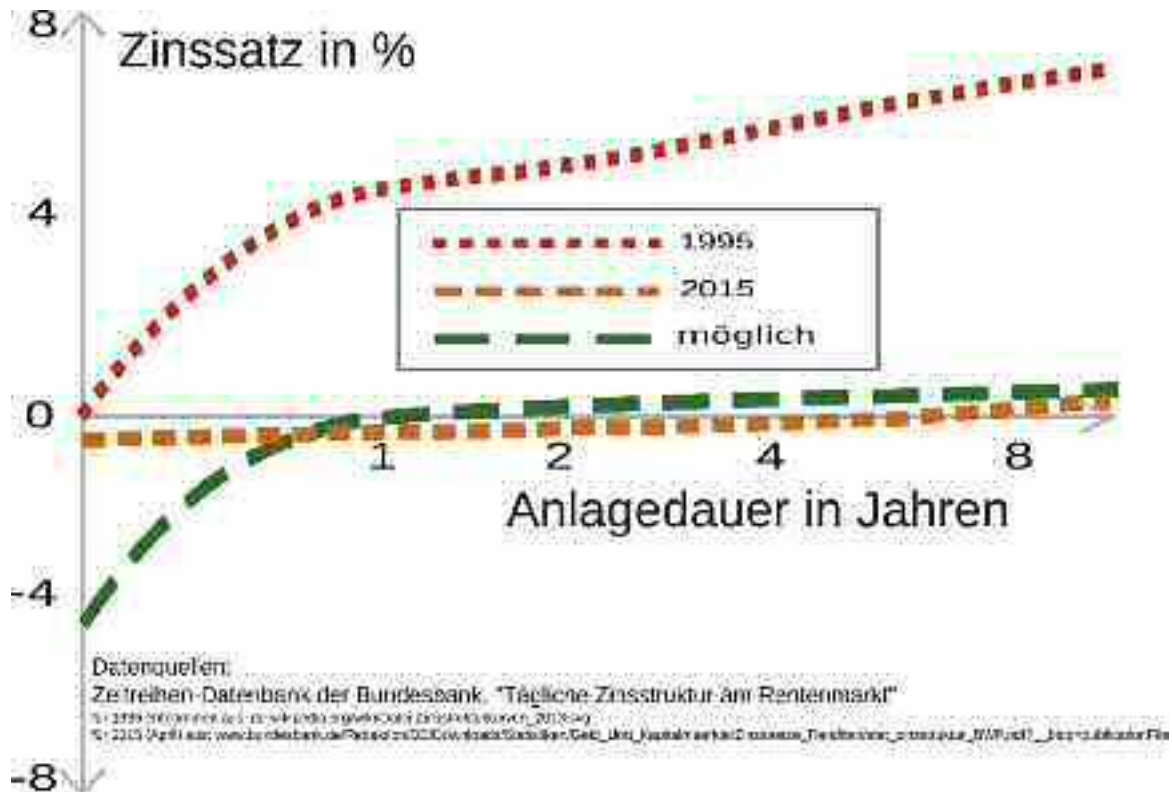
Die Notenbanken müssen nicht weiterhin ein Inflationsziel als Sicherheitsabstand zur Deflation verfolgen, da die Liquiditätsgebühr die für die Deflation kennzeichnenden Nachfrageausfälle nicht mehr aufkommen lässt. Sie können jetzt gefahrlos ein **Inflationsziel von +/-Null**, also echte Geldwertstabilität, unmittelbar ansteuern.

- **Auf den Kapitalmärkten** kann die **Zinsstrukturkurve** am kurzen Ende durch negative Leitzinsen in den negativen Bereich gezogen werden, weil die Vorliebe für Liquidität durch drohende Verluste ausreichend begrenzt wird. Die Geschäftsbanken können die Belastung ihrer liquiden Bestände in Gestalt negativer Zinsen auf die täglich fälligen Guthaben ihrer Kunden abwälzen und damit deren Ersparnisse auch bei niedrigen langfristigen Zinsen in die mittel- und langfristige Anlage drängen (siehe Grafik 2). **Sparen** bleibt möglich, aber nicht mehr in Geld, sondern verlustlos nur noch durch mittel- oder längerfristige Überlassung des Geldes an andere, die es für ihre Transaktionen benötigen.

Die Veränderung des Anlegerverhaltens wird Notwendigkeit und Risiken der **Fristentransformation** deutlich **begrenzen**, den **Schattenbanken die Liquidität entziehen**, die Erfüllung von Vorgaben aus der **Bankenregulierung erleichtern** und die **Finanzmärkte stabilisieren**.



Grafik 1: Der Geldstrom trägt den Warenstrom



Grafik 2: Der Einfluss auf die Zinsstrukturkurve

Langfristige Geldwertstabilität sorgt auf den Kapitalmärkten für höhere Kalkulationssicherheit und Produktivität von Investitionsentscheidungen. Es wird **überflüssig, zwischen Nominal- und Realzinsen zu unterscheiden**, weil die Nominalzinsen bei Geldwertstabilität die Realzinsen sind. Das ist nicht zuletzt für die Notenbankpolitik wichtig, weil auf nominale Zinsänderungen, wie jüngste Erfahrungen zeigen, deutlich stärker reagiert wird als auf Realzinsänderungen.

Die **Spekulation auf den Vermögensmärkten wird weitgehend zum Erliegen kommen**. Einerseits wird durch das veränderte Anlegerverhalten nicht mehr so viel Liquidität zur Verfügung gestellt. Andererseits wird die Stabilität des Preisniveaus und der Konjunktur die Schwankungen im Wirtschaftsgeschehen deutlich reduzieren, die bisher hohe Gewinnanreize boten.

Inflation und hohe Zinsen waren nur mäßig geeignete Instrumente zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Bereitschaft der Sparer zu längerfristigen Anlagen. Mit einer Haltegebühr auf Geld werden diese Unvollkommenheiten weitgehend beseitigt und Konjunktur- und Finanzmarktstabilität deutlich verbessert. Die sozialen und verteilungspolitischen Wirkungen von Vollbeschäftigung und niedrigen Realzinsen werden **der Gesellschaft ein friedlicheres und sozial ausgewogeneres Gepräge geben**, als sie es heute aufweist. **Befreit von der Angst vor Arbeitslosigkeit** wird die Gesellschaft auch eher bereit und demokratisch in der Lage sein, die **ökologischen Probleme** unserer Zeit durch die Setzung eines **strengen Ordnungsrahmens** zu bewältigen, der die Industrie zur ökologischen Modernisierung und die Verbraucher zu den notwendigen Verhaltensänderungen veranlasst.

Die Erstunterzeichner:

Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Vlado Plaga
Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Eckhard Behrens
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., Prof. Dr. Dirk Lühr

Fritz Andres, Fragen der Freiheit
Andreas Bangemann, Humane Wirtschaft
Beate Bockting, FAIRCONOMY
Werner Onken, Zeitschrift für Sozialökonomie

Prof. Dr. Felix Fuders, Prof. Dr. Gerhard Senft

Warum gerade Kleinsparer von Niedrigzinsen profitieren

In letzter Zeit werden verstärkt Berechnungen zu den Auswirkungen der Niedrigzinspolitik bzw. ersten Experimenten mit negativen Zinsen angestellt und in den Medien breit diskutiert. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive sind viele dieser Berechnungen irreführend, da gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge ausgeblendet werden.



Seit Ende der neunziger Jahre befindet sich der Zinssatz auf einem Sinkflug (siehe Abbildung 1). In jüngster Zeit haben die Notenbanken die Nulllinie für Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank bereits unterschritten. Einzelne Banken haben sogar begonnen, Bankkunden bei sehr hohen Einlagensummen mit Kosten zu belasten, anstatt sie mit Zinsen zu belohnen.

In einer aktuellen Studie beziffert die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ-Bank)

die Einkommenseinbußen privater Haushalte durch die derzeit niedrigen Zinsen auf 190 Milliarden Euro über die letzten fünf Jahre.¹ Bei 40 Millionen Haushalten ergibt das rechnerisch einen »Verlust« von 5.000 Euro je Haushalt. Doch wie viele Haushalte hatten bisher auch nur annähernd Zinseinnahmen in dieser Höhe?

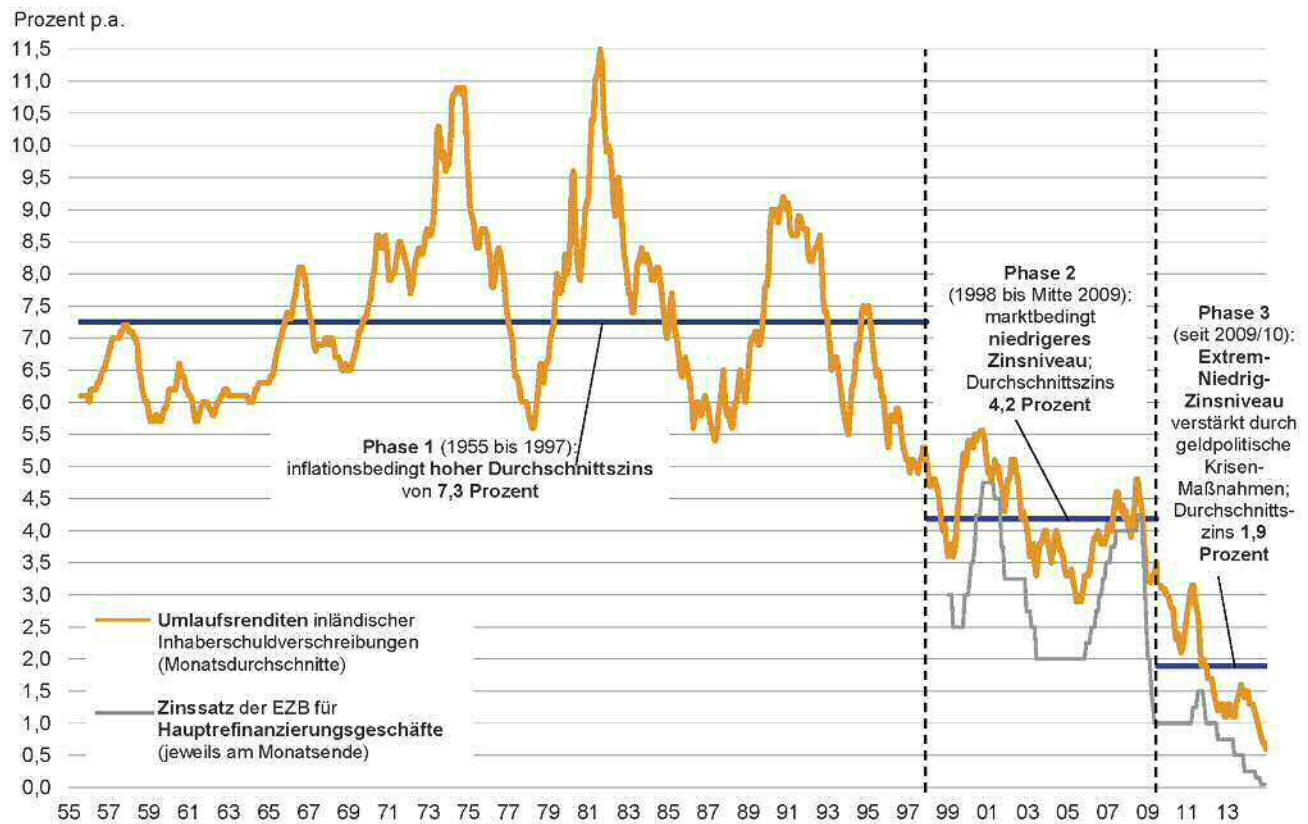
Dieser Summe stellt die DZ-Bank Einsparungen bei Darlehen in Höhe von 78 Milliarden Euro gegenüber und berechnet daraus einen Saldo von 112 Milliarden »Zinsverlusten« für die privaten Haushalte. Solche oder ähnliche

Rechnungen werden in letzter Zeit auch von anderen Institutionen und quer durch alle Medien aufgemacht. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hält die Weitergabe von negativen Einlagenzinsen an Verbraucher sogar für »rechtlich unzulässig« und »ökonomisch unsinnig«.²

Milchmädchenrechnungen

Doch diese Rechnungen sind unvollständig und unterschlagen die Kreislaufzusammenhänge in einer Volkswirtschaft. Die zinsbringenden Vermögen sind sehr ungleich verteilt. Deshalb trifft die Entlastung von Darlehens-

LANGFRISTIGE ZINSENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND 1955 BIS 2014



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Abbildung 1: Langfristige Zinsentwicklung in Deutschland 1955 bis 2014
Quelle: M. Stappel (DZ-Bank), 2015, S. 3 (Berechnungen auf Basis von Daten der Bundesbank)

kosten durch niedrigere Zinsen eher einkommensschwächere Haushalte, während geringere Zinseinkünfte eher die wohlhabenderen Haushalte betreffen. Nimmt man vereinfachend die vom DIW ermittelte Vermögensverteilung (nicht nur der Geldvermögen) zum Maßstab, verfügt »gut ein Fünftel aller Erwachsenen [...] über kein persönliches Vermögen«, sieben Prozent haben sogar mehr Schulden als Guthaben.³

Werden also die Kreditkosteneinsparungen einfach von den durch geringere Zinsen entgangenen Zinserträgen abgezogen, wie es die DZ-Bank gemacht hat, wird damit die Realität verzerrt, denn die Empfänger der Zinseinkünfte sind regelmäßig andere als die Zahler der Kreditzinsen.

Was aber in der Berechnung der DZ-Bank, wie auch in der Argumentation der Verbraucherzentralen völlig vergessen wird und noch schwerer wiegt, ist das Folgende: Verbraucher zahlen nicht nur direkt Zinsen für aufgenommene Kredite. Sie zahlen auch die in den Preisen inkalkulierten Kapitalkosten, die von Warenproduzenten und Dienstleistern

in ihren Unternehmen aufzuwenden sind – dazu gehören nicht nur Zinsen für Fremdkapital, sondern beispielsweise auch Dividenden aus Aktien, die sich stets an der Verzinsung orientieren. Selbst wenn ein Unternehmen nur mit Eigenkapital operiert, müssen kalkulatorisch Zinsen als Kosten angesetzt werden, da sonst das Unternehmen im Vergleich als unrentabel gelten und das Vermögen eher auf dem Kapitalmarkt angelegt würde. Steigende Kapitalkosten zwingen Unternehmen, diese über steigende Preise zu kompensieren, oder eben die Preise zu belassen und stattdessen die Lohnkosten zu senken. Das Ergebnis ist in jedem Fall dasselbe: Die Kapitalkosten werden stets von den Verbrauchern getragen.

Eine wissenschaftlich fundierte Studie, die gegenüberstellt welche Einkommensgruppen derzeit von den Auswirkungen der (sinkenden) Zinsen wie stark betroffen sind, ist uns nicht bekannt. Erweist sich unsere Annahme jedoch als zutreffend, dann profitiert die Mehrheit der Verbraucher eher von niedrigen als von hohen Zinsen. Denn aufgrund der ungleichen Vermögensverteilung verlieren die meisten Haushalte durch sinkende oder sogar negative Zinsen weniger, als sie durch höhere Zinssätze bei ihren geringen Ersparnissen gewinnen würden.

Wenn alle das gleiche Einkommen hätten, könnten alle den gleichen Anteil aus diesem Einkommen sparen und hätten daraus die gleichen Zinserträge. Und sie würden auf der anderen Seite bei gleichen Konsumausga-

¹ M. Stappel, Private Haushalte in Deutschland: Der Preis niedriger Zinsen. In: Konjunktur und Kapitalmarkt – Eine Research Publikation der DZ BANK AG, 2. April 2015.

² Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Negative Einlagenzinsen für Verbraucher. Rechtlich unzulässig und ökonomisch ungerechtfertigt (Positionspapier), Berlin 12. Februar 2015, S.2.

³ M. Grabka und Ch. Westermeier, Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. In: Vermögensverteilung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Wochenbericht, Nr. 9/2014, S. 151-164 [verfügbar unter: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.438708.de/14-9.pdf].

ben die gleichen Kapitalkosten an sich selbst zahlen. Das gilt jedoch bei unterschiedlich hohen Einkommen nicht mehr: Dann sparen nämlich diejenigen mit niedrigem Einkommen wenig und jene mit hohem Einkommen viel. Diejenigen mit niedrigem Einkommen erhalten dadurch viel weniger Zinseinkünfte als sie selbst Zinsen bezahlen. Bei den hohen Einkommen ist es umgekehrt.

Einkommensabhängiges Sparen

Ein Blick in die vom DIW berechneten einkommensabhängigen Sparquoten zeigt, dass durchschnittlich erst ab einem Haushaltseinkommen von mehr als 1.500 Euro pro Monat mit dem Sparen begonnen wird.⁴ Man beachte, dass wir uns schon im vierten Dezentil befinden: Das bedeutet, etwa ein Drittel der Haushalte kann aus dem laufenden Einkommen gar nicht ansparen, sondern »entspart« oder verschuldet sich laufend (siehe Abbildung 2).

Die vielen Haushalte mit niedrigen Einkommen sparen wenig und haben deshalb geringe Zinserträge – die wenigen mit hohen Einkommen sparen hingegen viel und haben dadurch hohe Zinserträge. Die Erträge der wenigen sind die Kosten der vielen anderen.

Haushaltsnettoeinkommen und Sparquoten nach Einkommensgruppen

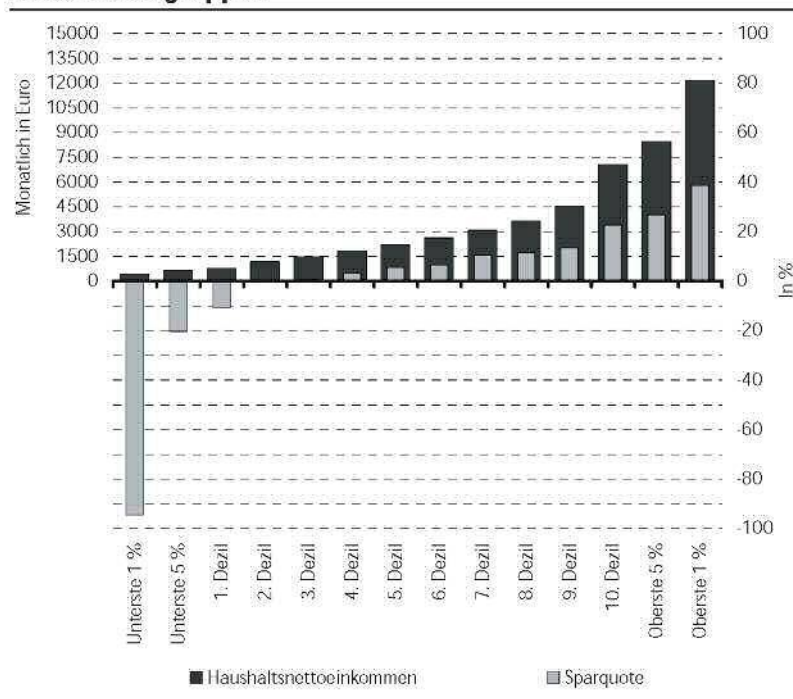


Abbildung 2: Haushaltsnettoeinkommen und Sparquoten nach Einkommensgruppen
Quelle: E. Klär und J. Slacalek (DIW), 2006, S. 541

»Mit der Panikmache über sinkende Zinsen vertritt man die Interessen jener Haushalte, die am wenigsten Unterstützung benötigen, nämlich der besonders Vermögenden und Spitzeneinkommensbezieher.«

Sinken die Zinsen und somit die Kapitalkosten der Unternehmen, können diese ihre Kostensenkung entweder durch höhere Löhne oder durch niedrigere Verkaufspreise an die Konsumenten weitergeben. Aus der Sicht des Sparerers erscheint zwar ein höherer Zinssatz reizvoll. Aus Konsumentensicht senkt dagegen ein niedrigerer Zinssatz die Kosten der Unternehmen und damit indirekt über die Preise die Kosten für den eigenen Konsum. Würden die

Unternehmen bei niedrigeren Kapitalkosten höhere Löhne bezahlen, anstatt die Preise zu senken, dann hätten die Verbraucher ebenfalls mehr Geld für ihre Konsumausgaben – der wirtschaftliche Effekt für die Haushalte wäre in jedem Fall der gleiche.

Panikmache ungerechtfertigt

Wir nehmen überschlägig an, dass wahrscheinlich bis zu 80 Prozent aller Verbraucher mehr Zinsen indirekt über ihre Konsumausgaben zahlen, als sie über Zinserträge direkt einnehmen. Eine nicht unerhebliche Anzahl verschuldeter Haushalte zahlt außerdem über direkte Zinszahlungen deutlich mehr, als sie direkt einnimmt. Nur ein kleiner Teil von vermutlich weniger als zehn Prozent aller Haushalte nimmt über Zinsen mehr ein, als sie über Konsumausgaben zahlen – manche sogar ein Vielfaches davon. Nur für diese vermögenden Haushalte bringen niedrige Zinssätze unter dem Strich »Verluste« – genau er gesagt: weniger hohe Zinsgewinne.

Fazit: Mit der Panikmache über sinkende Zinsen vertreten Genossenschaftsbanken und Verbraucherzentralen somit eigentlich die In-

teressen jener Haushalte, die am wenigsten Unterstützung benötigen, nämlich der besonders Vermögenden und Spitzeneinkommensbezieher.

In ihren volkswirtschaftlichen Betrachtungen sollten sie die Haushalte nicht nur als Sparer, sondern auch als Verbraucher und Arbeitseinkommensbezieher erfassen und einkalkulieren. Nur mit Hilfe einer solchen ganzheitlichen Perspektive ist zu ermitteln, wie sich ein fallender Zinssatz für die Mehrzahl der Haushalte sowie für die Volkswirtschaft als Ganzes tatsächlich auswirkt.

Gerade die Genossenschaftsbanken und Verbraucherzentralen täten gut daran, diese Zusammenhänge noch einmal eingehender zu untersuchen, um ihrem Auftrag gerecht zu werden und die Interessen der Kleinsparer und Verbraucher glaubwürdig zu vertreten. Wer sonst?

Thomas Seltmann und Ferdinand Wenzlaff

Die Autoren sind Mitglieder der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld. www.geld-und-nachhaltigkeit.de

⁴ E. Klär, Erik und Jirka Slacalek, Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. DIW Wochenbericht, Nr. 40/2006, S. 537-543 [pdf verfügbar unter: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/44729/06-40-1.pdf>]

Bald kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr?

Das Geld als gesetzliches Zahlungsmittel und öffentliche Infrastruktur wird immer mehr in Frage gestellt. Elektronische Zahlungsmittel sind im Vormarsch. Wir brauchen neue Antworten auf die technologische Entwicklung.

In den USA haben einzelne Firmen begonnen, ihre Mitarbeitenden teilweise in Bitcoins zu bezahlen. Dabei handelt es sich um ein privates, sehr unsicheres Zahlungsmittel mit einem sehr begrenzten Einsatzbereich. Google und andere Grosskonzerne prüfen die Schaffung eigener elektronischer Zahlungsmittel. Im Weiteren ist in Dänemark vorgesehen, dass kleinere Firmen und Läden nicht mehr verpflichtet sind, Bargeld an Zahlung zu nehmen. Auch in der Schweiz und Deutschland wird sich das Zahlen über das Smartphone längerfristig durchsetzen. Münzen und Noten werden immer seltener verwendet. Was hat es für Folgen, wenn das Bargeld als einziges gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel immer mehr an Bedeutung verliert?

Giralgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel

In der Schweiz sind Geldschulden gemäss Art. 84 des Obligationenrechts in gesetzlichen Zahlungsmitteln der geschuldeten Währung zu bezahlen. Gesetzliche Zahlungsmittel, welche den BürgerInnen und Unternehmen zur Verfügung stehen, sind aber nur die Münzen und Banknoten (rund 10% der Geldmenge M1). Das gebräuchlichste Zahlungsmittel, das elektronische Buch- oder Giralgeld auf unseren Bankkonten, ist jedoch kein gesetzliches Zahlungsmittel. Diese Kontoguthaben sind nur ein Versprechen der einzelnen Bank, die Guthaben auf Wunsch in gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Dieses elektronische Banken-Buchgeld ist allerdings nur ein minimal gedeckter Anspruch, denn die gesetzliche Mindestreserve-Vorschrift an gesetzlichen Zahlungsmitteln liegt in der Schweiz lediglich bei 2,5%. Geht eine Bank in Konkurs, werden diese elektronischen Versprechen (Guthaben) auf gesetzliche Zahlungsmittel wertlos, weil sie in der Bilanz und somit Bestandteil der Konkursmasse der Banken sind. Es gibt zwar eine gesetzliche Einlagensicherung, welche aber völlig ungenügend ist: Trotz der 100.000 CHF-Garantie sind damit gesamthaft nur 1,4% der Einlagen gesichert, weil die maximale Versicherungssumme auf 6 Milliarden beschränkt ist. Mit dem Verschwinden des Bargeldes wird dem Normalbürger somit bald kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr zur Verfügung stehen. Die Absurdität des heutigen Systems wird immer offensichtlicher: Selbst vom Steuerzahler ver-

langt der Staat schon heute, dass die Steuern wenn immer möglich mit privat geschaffenen Bankengeld und nicht mit einem gesetzlichen, staatlichen Zahlungsmittel beglichen werden. Auch haben Geschäftsbanken gegenüber Grosskunden den Umtausch von unsicherem Buchgeld in gesetzliche Zahlungsmittel schon verweigert. Die Abhängigkeit des Einzelnen vom privat produzierten Zahlungsmittel der Banken wird immer grösser. In dieser Situation müsste es eigentlich einen gesetzlichen Anspruch auf ein Bankkonto mit gesetzlichen Zahlungsmitteln geben – aber ein solches ist nirgends vorgesehen.

Geldschöpfungsgewinne für wen?

Es kommt hinzu, dass aus der Herstellung der Münzen dem Bund und aus der Bereitstellung der Noten der Nationalbank jährliche Gewinne in Millionenhöhe anfallen, die letztlich der Allgemeinheit zu Gute kommen. Mit dem Verschwinden des Bargeldes werden auch diese Gewinne immer geringer. Hingegen wird das von den Banken produzierte Buchgeld an Bedeutung gewinnen und damit auch die Vorteile aus dieser Geldherstellung, welche vorwiegend den Banken und teilweise auch ihren Kunden zufallen. Es sei nicht verschwiegen, dass ein kleiner Teil dieser »Geldherstellungsgewinne« in Form von Steuern auch die Allgemeinheit erreichen. Aber erst nachdem die Banken die Ansprüche ihrer Kader (Boni) und Aktionäre (Dividenden) bedient haben. Dies wird deutlich, wenn man die Steuerleistungen der Grossbanken betrachtet: Obwohl sie seit 2008 kaum oder gar keine Steuern bezahlen, wurden weiterhin beachtliche Boni und Dividenden ausbezahlt. Das Geld- und Währungswesen – obwohl in der Bundesverfassung in Artikel 99 dem Bund übertragen – wurde in der Vergangenheit offensichtlich zu stark den privaten Banken überlassen. Mit dem Aufkommen der neuen Technologien und der weiter abnehmenden Bedeu-



Müsste es nicht eigentlich einen gesetzlichen Anspruch auf ein Bankkonto mit gesetzlichen Zahlungsmitteln geben, wenn die Bargeldzahlung immer weiter zurückgedrängt wird?

tung des Bargeldes wird sich diese Tendenz noch verstärken. Es ist deshalb an der Zeit, dass diese Zusammenhänge überprüft werden. Es liegt auf der Hand, dass auch das elektronische Geld auf unseren privaten Bankkonten als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt werden müsste. Dies setzt aber voraus, dass auch dieses Geld von der Nationalbank ausgegeben und garantiert wird. Ende des 19. Jhds. wurde das Monopol für die Ausgabe von Banknoten der Nationalbank übertragen, jetzt sollte dies auch beim Buchgeld geschehen. Das ist Ziel der Vollgeld-Initiative (s. S. 20).

Im Gegensatz zur oft gehörten Behauptung handelt es sich bei diesem Vorgang nicht um eine Umkämpfung des Finanzsystems, sondern um eine notwendige Antwort auf die technologische Entwicklung.

Geld ist keine Ware

Mit dem Aufkommen privater Gelder wie Bitcoins usw. wird sich die Frage der monetären und nationalen Hoheit noch viel stärker stellen. Es ist deshalb unabdingbar, dass sich Öffentlichkeit und Politik mit diesen dringlichen Fragen befassen. Geld ist keine Ware, deren Herstellung den Banken überlassen werden kann. Geld ist eine Errungenschaft der gesamten Gesellschaft und sollte somit Teil der öffentlichen Infrastruktur sein. ■

Reinhold Harringer,
Dr. oec. und Mitglied Vollgeld-Initiativkomitee

Update des monetären Betriebssystems

Innovation ist Normalität. Ein Bugfix des monetären Betriebssystems verbessert die Software, die uns als Leistungsverrechnungssystem über Raum und Zeit dienen soll.

Aus der Theorie optimaler Wirtschaftsprozesse wird eine neue Geldpolitik für ein stabiles, effizientes, nachhaltiges und gerechtes Geldsystem entwickelt. Optimierung bedeutet, mit minimalem Aufwand eine maximale Wirkung zu erzielen. Mit der kritischen Synthese verschiedener Ansätze verändern sich gewohnte Sichtweisen und es eröffnen sich neue Handlungsperspektiven.

Optimales Wachstum

Die goldene Regel der Kapitalakkumulation (Allais-Theorem) liefert eine notwendige Bedingung für einen optimalen Wachstumspfad: Das reale *Zinsniveau* muss sich an die *Wachstumsrate* des Kapitalstocks anpassen.¹ Unter Wettbewerbsbedingungen sorgen die Marktkräfte dafür, dass sich das Wachstumsoptimum von selbst einstellt.²

Portfoliogleichgewicht

So wie der Joker mehr wert ist als die anderen Spielkarten, so beinhaltet das Geld neben seinem Tauschwert einen besonderen Tauschbarkeitswert, der als *Liquidität* bezeichnet wird.³ In einem allgemeinen Portfoliogleichgewicht muss das *Zinsgefälle* zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinssätzen der *Liquiditätsprämie* des Geldes entsprechen.⁴

»Wer den Liquiditätsnutzen hat, trägt auch die Liquiditätskosten!«

Optimale Zinsstruktur

Das optimale langfristige *Zinsniveau* und das optimale *Zinsgefälle* bilden zusammen eine optimale Zinsstruktur (Abb. 1):⁵

Wachstumsoptimum:

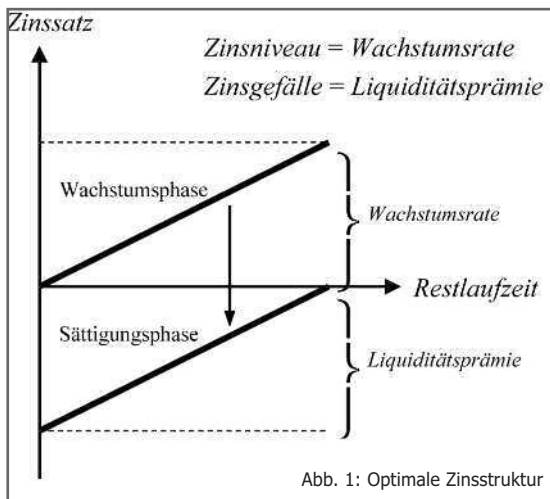
Zinsniveau = Wachstumsrate

Portfoliogleichgewicht:

Zinsgefälle = Liquiditätsprämie

Für das kurzfristige Ende der Zinsstruktur berechnet sich daraus ein optimaler *Bargeldzinssatz*.⁶





Optimale Zinsstruktur: Bargeldzinssatz = Wachstumsrate – Liquiditätsprämie
 Wenn die Wachstumsrate in einer Sättigungsphase unter die Liquiditätsprämie des Geldes absinkt, wird der optimale Bargeldzinssatz negativ:
Nullwachstum:
 Bargeldzinssatz = – Liquiditätsprämie

Wohlfahrtsoptimum

Die Wohlfahrtstheorie bringt die privaten und sozialen Interessen der Geldnutzung und Geldproduktion zu einem optimalen Ausgleich. Das *private Wohlfahrtsoptimum* ist identisch mit dem *Portfoliooptimum*. Um das soziale Wohlfahrtsoptimum zu erreichen, müssen die *Leitzinsen* der Zentralbank der *Liquiditätsprämie* entsprechen. Der *soziale Grenzertrag der Geldproduktion* und der *private Grenznutzen der Geldnachfrage* halten sich gerade die Waage:

Wohlfahrtsoptimum:
 Leitzinssatz = Liquiditätsprämie

Optimale Zinspolitik

Aus dem *Wachstumsoptimum*, dem *Portfoliooptimum* und dem *Wohlfahrtsoptimum* ergibt sich unmittelbar eine optimale *Zinspolitik* (Abb. 2):

Refinanzierungspolitik:

Leitzinssatz = Liquiditätsprämie

Geldordnungspolitik: Bargeldzinssatz = Wachstumsrate – Leitzinssatz

Die ganze Zinsstruktur atmet mit dem Wirtschaftswachstum (Abb. 1). Während sich der Bargeldzins variabel an die Wachstumsbedingungen anpasst, ist der Leitzins konstant, insofern die Liquiditätsprämie als konstant angesehen werden kann. Der optimale Bargeldzinssatz bestimmt, wie die Zinskosten auf Geldhalter und Kreditnehmer aufgeteilt werden. In einer Wachstumsphase ist Liquidität billig und Kredit teuer, in einer Sättigungsphase ist dagegen Liquidität teuer und Kredit billig. Einerseits sollen die volkswirtschaftlichen Transaktionskosten minimiert werden, andererseits soll der Zins das System

optimal in eine Sättigung hineinbremsen. Mit einem optimalen Bargeldzins lassen sich alle Optimierungskriterien erfüllen.

Prozessmusterwechsel

In der Sättigungsphase werden die Leitzinsen der Zentralbank vollständig als *Geldnutzunggebühren* an die aktuellen Geldhalter durchgereicht, als *Negativzins* auf Bargeld und Girokonten. Wer den *Liquiditätsnutzen* hat, trägt auch die *Liquiditätskosten*:⁷
Nullwachstum:
 Bargeldzinssatz = – Leitzinssatz

Geldwertstabilität

Die *Geldnachfrage* ist abhängig vom *Volkseinkommen* und vom *Zinsgefälle*. In einem allgemeinen *Portfoliogleichgewicht* wird das Zinsgefälle konstant und die *Geldnachfrage* damit zinsunabhängig. Als Funktion des *Volkseinkommens* wird sich die nachgefragte *Geldmenge* an die *Wirtschaftsleistung* anpassen.

»Zinskosten werden zu Liquiditätskosten, wirken als Umlaufantrieb des Geldes und minimieren sich damit selbst.«

sen. Ein hinreichendes Zinsgefälle sorgt für eine konstante *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes. Gemäß der *Quantitätsgleichung* des Geldes bleibt unter diesen Umständen das allgemeine *Preisniveau* konstant:⁸

Geldmenge: Geldmengenwachstum = Wirtschaftswachstum

Geldumlauf:

Umlaufgeschwindigkeit = const.

Geldwertstabilität: Inflationsrate = 0

Falls nötig, existiert mit der *Offenmarktpolitik* ein weiteres Instrument zur Feinsteuerung der Geldmenge. Die Geldmenge will so geregelt werden, oder will sich selbst so regeln, dass die Kaufkraft des Geldes stabil bleibt. *Wohlfahrtsverluste* durch *Inflation* oder *Deflation* sind unerwünscht.

Mindestreserve und Vollgeld

Die *Giralgeldschöpfung* der Geschäftsbanken wird durch die *Mindestreservpolitik* der Zentralbank beschränkt. Die *Mindestreservesätze* werden so weit hochgefahren, bis die Geldmenge keine Blasen mehr werfen kann, nötigenfalls bis hin zu einem *Vollgeld* bei 100%.⁹ Aus Sicht der *Wohlfahrtstheorie* ist es allerdings weniger wichtig, wer letztlich das Geld emittiert. Entscheidend ist, dass die Erträge und Kosten der privaten Geldproduktion optimal verteilt werden. Eine Erweiterung des *Wohlfahrtsoptimums* auf die private *Buchgeldschöpfung* liefert zu einem gegebenen *Mindestreservesatz* einen optimalen *Mindestreservezinssatz*:¹⁰

Mindestreservpolitik: *Mindestreservezinssatz* = – *Leitzinssatz* / *Mindestreservesatz*
 Damit wird das *Giralgeld* dem *Zentralbankgeld* gleichgestellt, weil es für die Geschäftsbanken die gleichen Kosten verursacht wie eine *Refinanzierung* bei der Zentralbank. Insofern ist die *Abgabe* auf *Mindestreserven* eine vollwertige Alternative zum *Vollgeld*. An dieser Stelle kann man aber auch auf die Banken zugehen und sie mit einem *Bonus* belohnen, wenn sie sich auf eine neue *Geldpolitik* einlassen.

¹ Allais, M. (1947): Économie et intérêt. 2. Aufl., Imprimerie Nationale, Paris 1998.
² Phelps, E.S. (1961): The Golden Rule of Accumulation: a Fable for Grothmen. American Economic Review 51, S. 638-643.
³ Weizsäcker, C.C. von (1962): Wachstum, Zins und optimale Investitionsquote. Mohr, Tübingen.
⁴ Solow, R.M. (1971): Wachstumstheorie. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
⁵ Huth, T. (2001): Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht. Ein Versuch über Keynes. Duncker & Humblot, Berlin.
⁶ Huth, T. (2002): Zinssatz und Wachstumsrate in der Marktwirtschaft. Zeitschrift für Sozialökonomie 133, S. 7-13.
⁷ Keynes, J.M. (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. Macmillan, London.
⁸ Löhr, D. & Jenetzky, J. (1996): Neutrale Liquidität. Zur Theorie und praktischen Umsetzung. Peter Lang Europäischer Verlag, Frankfurt.
⁹ Löhr, D. (2000): Konsequente Neutralisierung der Liquiditätsprämie des Geldes – eine portfoliotheoretische Sichtweise. Zeitschrift für Sozialökonomie 124, S. 16-24.
¹⁰ Olah N., Huth T. & Löhr D. (2010): Geldpolitik mit optimaler Zinsstruktur. Zeitschrift für Sozialökonomie 164-165, S. 13-22.
¹¹ Walsh, C.E. (2003): Monetary Theory and Policy. 2. Aufl., MIT Press, Cambridge.
¹² Suhr, D. & Godschalk, H. (1986): Optimale Liquidität. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt a. M.
¹³ Fisher, I. (1911): The Purchasing Power of Money. Its Determination and Relation to Credit, Interest and Crises. Macmillan, New York.
¹⁴ Huth, T. (2008): Die Quantitätstheorie des Geldes. University of Lüneburg, Working Paper Series in Economics 79.
¹⁵ Fisher, I. (1935): 100% Money. Adelphi, New York.
¹⁶ Löhr, D. (2011): Vollgeld, Freigeld, Assetpreisinflation. Zeitschrift für Sozialökonomie 168-169, S. 40-54.
¹⁷ Löhr, D. (2005): Zur Umlaufsicherung von Buchgeld – Eine kurze Kritik an entsprechenden Vorschlägen. Zeitschrift für Sozialökonomie 147, S. 30-32.

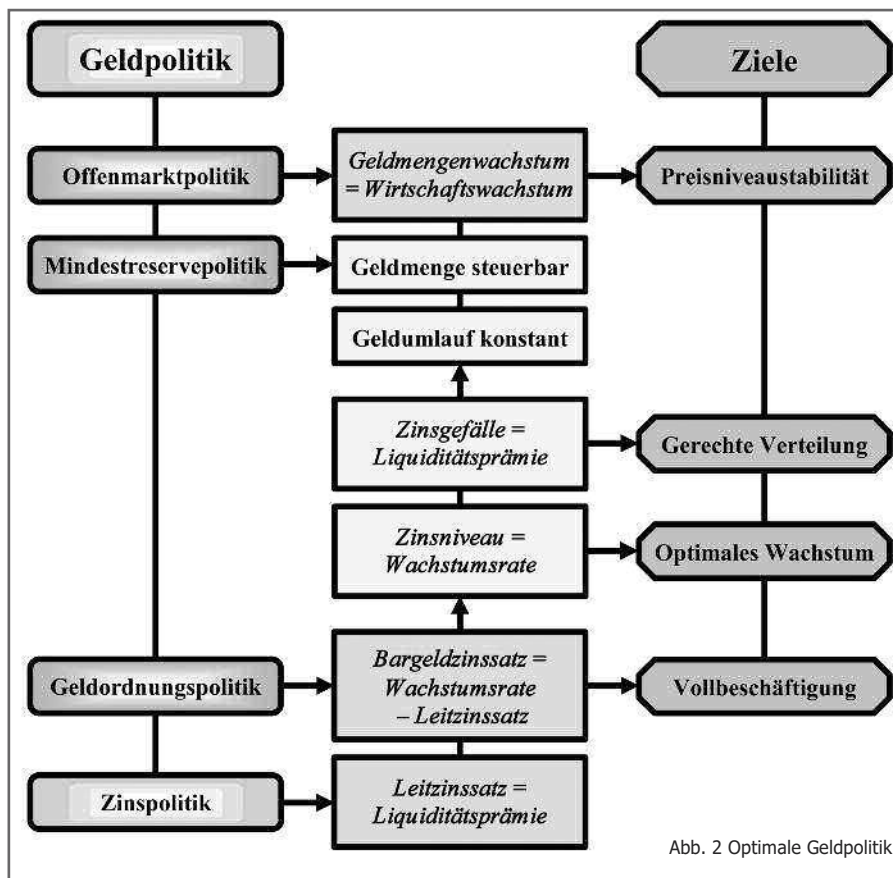


Abb. 2 Optimale Geldpolitik

Attraktorregelung

Um optimale geldordnungspolitische Rahmenbedingungen für effiziente Marktprozesse zu schaffen und Finanzkrisen in Zukunft wirksam und nachhaltig zu verhindern, übernimmt die Zentralbank mit einer innovativen Geldpolitik die Kontrolle über die *Geldschöpfung*, die *Geldmenge*, den *Geldumlauf*, die *Zinsstruktur* und das *Preisniveau* (Abb. 2). Die Kontrolle erfolgt indirekt über Selbstregelungsmechanismen; die Geldmenge bleibt weiterhin endogen. Geregelt werden nicht die Prozesse direkt, sondern die Parameter des Attraktors.¹¹ In erster Linie wird dafür gesorgt, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, das Wachstumsoptimum, das Portfoliooptimum und die Kaufkraftstabilität des Geldes auch tatsächlich einen stabilen Attraktor der Systemdynamik bilden. Mit minimalem Regulierungsaufwand soll eine möglichst gute Selbstregelung erreicht werden.

Wirksamkeit der Geldpolitik

Mit der Aufrechterhaltung einer ausreichend normalen Zinsstruktur auch bei Nullwachstum (oder gar Schrumpfung) kann eine *Liquiditätsfalle* bei niedrigen Zinsen nicht mehr auftreten. Die Wirksamkeit der Geldpolitik ist auch an der »Nullzinsschranke« noch sichergestellt.¹² Damit ist ein Ausweg gefunden aus dem grundlegenden *Dilemma der Zentralbankpolitik*, mit zu hohen Leitzinssätzen zwar die Währung stabil halten zu können, gleichzeitig aber den Wirtschaftsmotor

abzuwürgen, oder mit zu niedrigen Leitzinsen zwar die Wirtschaftsaktivität zu fördern, dabei aber gleichzeitig der Inflation Vorschub zu leisten und Spekulationsblasen zu begünstigen. Jenseits jeder Wachstums- oder Schrumpfungsideologie wird Nullwachstum ein erlaubter und stabiler Systemzustand.

Stabilität der Regelung

Das optimale *Zinsgefälle* wirkt wie ein *Tiefpass*, der spekulative Schwankungen und Umschichtungen zwischen kurzfristigen und längerfristigen Anlageformen dämpft. Wenn das optimale *Zinsniveau* mit zunehmender Sättigung absinkt, wird ein *Hochpass* wirksam, der als »Gleichstromsperre« das weitere exponentielle Anwachsen der Zinsströme verhindert. Die Kombination aus Hochpass und Tiefpass bildet einen *Bandpass* im Geldstrom, der die Signalanteile herausfiltert, die zur *Instabilität* bzw. *Schwingneigung* führen können. Konjunkturzyklen, die aus monetären Schwabbelmassen entstehen, werden gedämpft.

Optimale Einkommensverteilung

Mit dem Allais-Theorem wird eine zusätzliche Gleichung in die makroökonomischen Modelle eingeführt, wodurch nun auch eine optimale Verteilung des Volkseinkommens festgelegt ist, die sich ebenfalls im Wettbewerbsgleichgewicht realisiert:¹³

$$\begin{aligned} \text{Volkseinkommen} &= \text{Arbeitseinkommen} + \text{Kapitaleinkommen} \\ \text{Arbeitseinkommen} &= \text{Lohnniveau} \cdot \text{Arbeit} = \text{Konsum} \\ \text{Kapitaleinkommen} &= \text{Zinsniveau} \cdot \text{Kapital} = \text{Investition} \end{aligned}$$

Der optimale Wachstumspfad ist dadurch charakterisiert, dass mit möglichst wenigen Investitionen möglichst viele Konsumgüter hergestellt werden. Den Konsum im Verhältnis zur Investition zu maximieren bedeutet nun auch, das Arbeitseinkommen zu maximieren und das Kapitaleinkommen zu minimieren. Es gibt also ein von der Entwicklung des Kapitalstocks abhängiges optimales Zinsniveau und damit ein legitimes Kapitaleinkommen, das im Idealfall allein durch die Marktkräfte mini-

¹¹ Daunicht, W.J. (1996): Neural Networks for the Control of Posture and Locomotion. In: Neuroprosthetics – from Basic Research to Clinical Application. A. Pedotti, M. Ferrarin, J. Quintern, R. Riener (eds.), Springer Verlag, Berlin.

Olah, N. (2001): Das Refferenzprinzip als Kompensationsstrategie in der Kybernetik. Fortschritt-Berichte VDI, Reihe 8, Nr. 899, VDI-Verlag, Düsseldorf.

¹² Goodfriend, M. (2000): Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy. Journal of Money, Credit and Banking 32(4), S. 1007–1035.

Buiter, W. & Panigirtzoglou, N. (2003): Overcoming the Zero Bound on Nominal Interest Rates with Negative Interest on Currency – Gesell's Solution. The Economic Journal 113 (490), S. 723-746.

Levy, M., Levy, H. & Edry, A. (2003): A Negative Equilibrium Interest Rate. Financial Analysts Journal 59.2, S. 97–109.

Pavlic, D. (2009): A Negative Nominal Interest Rate – Application and Implementation. Université Paris Sorbonne Panthéon, Paris.

Mankiw, N.G. (2009): It May Be Time for the Fed to Go Negative. New York Times, 18. April 2009.

¹³ Huth, T. (2001): Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht ... a.a.O.

¹⁴ Suhr, D. (1988): Der Kapitalismus als monetäres Syndrom. Aufklärung eines Widerspruchs in der Marx'schen Politischen Ökonomie. Campus Verlag, Frankfurt/NewYork.

¹⁵ Huth, T. (2001): Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht ... a.a.O.

¹⁶ Hayek, F.A. von (1933): Über neutrales Geld. Zeitschrift für Nationalökonomie IV, S. 659-661.

Suhr, D. (1994) Netzwerk Neutrales Geld - Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld. Fragen der Freiheit 228, S. 32-64.

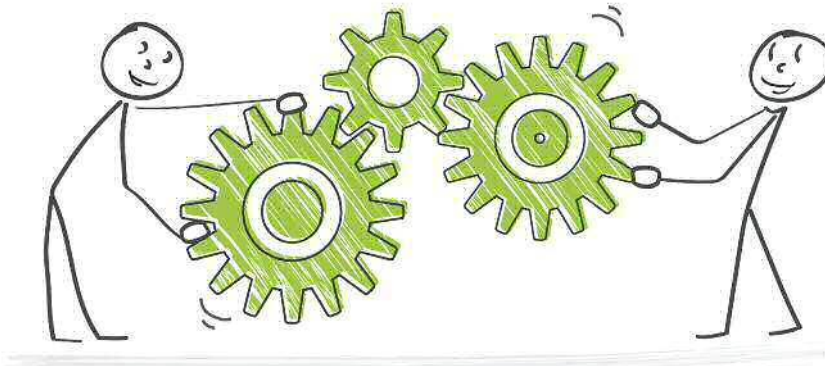
Olah, N. (2001): Neutrale Liquidität als Finanzinnovation. Zeitschrift für Sozialökonomie 129, S. 25-32.

Olah, N. (2001): Gerechtigkeit ist wettbewerbsfähig! Neutrales Geld als innovative Finanzdienstleistung. In: Chancengleichheit, Sozialpartnerschaft, Gerechtigkeit – Werte mit Zukunft? Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a.M.

¹⁷ Suhr, D. (1983): Geld ohne Mehrwert. Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt a.M.

¹⁸ Lohr, D. (1992): Europäische Zentralbank - Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur. Zeitschrift für Sozialökonomie 93, 3-20.

Lohr, D. (1998): Der Euro: Niederlage der Vernunft. Zeitschrift für Sozialökonomie 117, 21-34.



Das neutrale Geld soll optimale Wirtschaftsprozesse ermöglichen – und nicht stören oder verzerren.

miert wird und bei Nullwachstum von selbst verschwindet. Das Kapitaleinkommen belohnt die Schaffung neuen Sachkapitals. Mit einer optimalen Einkommensverteilung wird der *Klassenkampf* zwischen den Produktionsfaktoren *Arbeit* und *Kapital* obsolet.¹⁴ Bei einer leistungsgerechten Verteilung wird jeder Produktionsfaktor nach seiner Grenzproduktivität entlohnt. Klassenkampf gibt es nur in der Grundschule.

Ausbeutungsfreiheit

Im Wachstumsoptimum ist der Konsum aus *Kapitaleinkommen* genauso groß wie die *Ersparnis aus Arbeitseinkommen*.¹⁵ Damit kann

»Das neutrale Geld erweist sich eben durch seine Kostenträchtigkeit als besonders kostengünstig.«
Dieter Suhr

sich die »Kapitalistenklasse« nicht ohne Gegenleistung Konsumgüter auf Kosten der »Arbeiterklasse« aneignen, sondern muss Kapitalgüter dafür hergeben. Ein »Mehrwert« im Sinne von Marx, ein aus der Mehrarbeit anderer und daher ohne Äquivalent angeeigneter Konsum aus Kapitaleinkommen ist unter den Bedingungen der goldenen Regel ausgeschlossen. Eine Ausbeutung der Arbeit ist nur bei Abweichungen vom optimalen Wachstumspfad möglich. Die optimale Einkommensverteilung der goldenen Regel ist dagegen ausbeutungsfrei. *Effizienz* und *Verteilungsgerechtigkeit* sind gleichbedeutend und nicht etwa Widersprüche. Die Differenz zwischen Zinssatz und Wachstumsrate ist ein Maß für den Abstand vom Wachstumsoptimum, aber auch für die Ungerechtigkeit der Verteilung:

Ausbeutung: Zinsniveau > Wachstumsrate

Unter Wettbewerbsbedingungen wird sich die Ungerechtigkeit wegkonkurrieren. Aus Sicht der goldenen Regel entsteht Ausbeutung also gerade nicht durch die unerbittliche kapitalistische Konkurrenz, sondern vielmehr genau umgekehrt dadurch, dass der Wettbewerb außer Kraft gesetzt wird. Die Gerechtigkeit ist weder Ausgangspunkt noch Ziel der Überlegungen, sondern Nebenprodukt einer stabilen und effizienten Wirtschaftsweise.

Neutrales Geld

Ein *neutrales Geld* ist wertstabil und hat keinen Einfluss auf die realen Wirtschaftsprozesse.¹⁶ Der *Transaktionsbedarf* der Wirtschaftsteilnehmer soll mit minimalen *Transaktionskosten* erfüllt werden. Darüber hinaus soll das neutrale Geld *optimale Wirtschaftsprozesse* ermöglichen und nicht stören oder verzerren. Die Neutralität des Geldes verkörpert ein *Prinzip der kleinsten Wirkung*. Die *Geldwirkungen* werden minimiert, der *Geldnutzen* jedoch maximiert.

Insbesondere hat das neutrale Geld keine instabile Eigendynamik mit einem dauerhaften *Zinseszinsseffekt* und einer entsprechenden exponentiellen Vermögens- und Verschuldungseskalation. Erst mit einem neutralen Geld kann die Idealwelt der Wirtschaftstheorie Realität und Wirtschaftspraxis werden.

Zinseinsparungen

Durch den optimalen Bargeldzinssatz hält sich ein neutrales Geld selbst knapp, wird aber für alle kostengünstig verfügbar. *Zinskosten* werden zu *Liquiditätskosten*, wirken als *Umlaufantrieb* des Geldes und minimieren sich damit selbst. Durch die eingesparten Zinskosten werden die gesamtwirtschaftlichen Liquiditätskosten geringer ausfallen als die ursprüngliche Kapitalkostenschleppel, die auf den Verbraucher abgewälzt wird. Die scheinbar teurere Liquidität ist also tatsächlich die günstigere.

Die *Einsparung von Zinskosten* ist eine Alternative zur *Einsparung von Lohnkosten*, so wie eine *Entlastung von Kapitalkosten* zur

Entlassung von Arbeitskräften. Wenn sich mit den Zinseinsparungen *Kapitaleinkommen* in *Arbeitseinkommen* umwandelt, wird *Vollbeschäftigung* womöglich bezahlbar.

Reglersynthese statt Problemanalyse

Bei einer lösungsorientierten Vorgehensweise werden die Lösungen nicht wie sonst üblich aus einer *Analyse der Probleme* entwickelt, sondern aus einer *Synthese von Zielvorstellungen*. *Problemfixierung* bedeutet, dass Lösungen nur gefunden werden können, wenn man zuvor die Problemursachen identifiziert hat. Bei komplexen Systemen verstrickt sich die herkömmliche Problemanalyse allerdings leicht im Dickicht der kreisförmigen Kausalitäten. *Zielorientierung* bedeutet dagegen, vom Ziel her zu denken und die als notwendig erkannten Maßnahmen zu ergreifen. Wer Ziele erreichen will, wird also zunächst die dafür *notwendigen* Bedingungen aufsuchen und erfüllen wollen. Ob damit die Ziele bereits erreicht werden können, ob also damit auch schon *hinreichende* Bedingungen erfüllt sind, kann nur das Experiment zeigen. Wenn man aber schon mal die notwendigen Bedingungen erfüllt, können die überflüssigen Probleme gar nicht erst auftreten, die aus der Verletzung dieser notwendigen Bedingungen entstehen.

Update des monetären Betriebssystems

Wird nun das Geldsystem mit einer stabilen Selbstregelung so gestaltet, dass »Finanzkrisen« prinzipiell gar nicht erst auftreten können, dann brauchen wir eine »Schuldenkrise« auch nicht mit neuen, noch größeren Schulden zu »bekämpfen« – und damit immer noch weiter zu verschlimmern.¹⁸ Werden die gewählten Optimierungskriterien eingehalten, verschwinden die überflüssigen Probleme ganz von selbst. Die Probleme *lösen sich auf* in Wohlgefallen. Bei der Herleitung der optimalen Geldpolitik wurde folgerichtig kein einziges Problem analysiert! Bei einer eleganten Methodik werden Probleme quasi *en passant* gelöst – durch ein intelligentes Design der Software, die uns als *Leistungsverrechnungssystem* über Raum und Zeit dienen soll. Mit den ausgewählten Optimierungskriterien ist die optimale Geldpolitik fast vollständig festgelegt. Nur die genaue Höhe der *Liquiditätsprämie* muss experimentell ermittelt werden. Hierfür wird der Leitzinssatz so weit hochgefahren, bis die Schwankungen verschwinden, so wie man bei einem Radio den Sender einstellt, bis das Rauschen verschwindet.

Die neue Geldpolitik ist ein *Update* des monetären Betriebssystems und ein Bugfix, denn es behebt dessen Programmierfehler. Kaum macht man es richtig, schon funktioniert es auch, sagt der Ingenieur.

Norbert Olah und Dirk Löhre

Parallelwährung für Griechenland

Bereits 2011 haben Christian Gelleri und Thomas Mayer eine Zweitwährung für Griechenland vorgeschlagen. In unserer Märzausgabe 2012 haben wir ausführlich darüber berichtet. Seither konnten die griechischen Probleme nicht gelöst werden. Das Land steht abermals vor der Staatspleite. Ein »NEURO« könnte Schlimmstes vermeiden helfen.

Die Krise in Griechenland geht in ihr achttes Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2008, dem ersten Jahr der Rezession, bei etwa 23.200 Euro. Unter Berücksichtigung von Steuern und Abgaben kam ein Grieche durchschnittlich auf 1.000 Euro pro Monat. Im Zuge der Wirtschaftskrise sank das Bruttoinlandsprodukt bis 2014 auf nur noch 16.500 Euro und das verfügbare Einkommen auf etwa 700 Euro pro Monat. Wenn die Preise für die Güter im gleichen Maße gesunken wären, wäre das nicht weiter erwähnenswert. Ein Blick auf den Lebenshaltungsindex in Griechenland zeigt jedoch für den gleichen Zeitraum eine Erhöhung des Preisniveaus. Ein Deutscher hatte zum Vergleich im Jahr 2008 durchschnittlich etwa 1.500 Euro und kommt aktuell auf etwa 1.600 Euro pro Monat.

Wirtschaftskrise einst und heute

Was würde in Deutschland passieren, wenn das durchschnittliche Einkommen bei etwa gleichbleibenden Preisen auf 1.000 Euro absinken würde? Man muss weit zurückblicken, bis wir in Deutschland etwas Vergleichbares finden: die Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933. In diesem Zeitraum sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ebenfalls um ein Drittel. Ein großer Teil der Deutschen verlor nach vier Jahren die Geduld und wählte den Na-

»Die Begrenzung des Geldabflusses müsste für Griechenland die allerhöchste Priorität haben.«

tionalsozialismus, der den Staat innerhalb von zwölf Jahren wirtschaftlich und moralisch völlig ruinierte. In Griechenland vertrauten die Menschen immerhin länger den etablierten Parteien, doch die Kräfteverhältnisse haben sich enorm verschoben und spätestens seit dem Einzug der Goldenen Morgenröte ins Parlament Anfang 2012 werden rechtsextreme

Tendenzen immer sichtbarer. Das Wegbrechen von Einkommen hat bei den Menschen in Griechenland Spuren hinterlassen. Wenn Eltern ihre Kinder nicht mehr ernähren können und diese in Obhut eines SOS-Kinderdorfs geben oder wenn kranke Menschen

und deflationäre Tendenzen in der Eurozone seit 2013. Aus seiner Sicht sei die Geldmengenerweiterung der Europäischen Zentralbank zu gering im Gegensatz zu den USA, die bereits seit 2008 sehr expansiv reagiert habe. Während die US-Notenbank Dollars gedruckt



nicht mehr behandelt werden und viele andere Beispiele zeigen, dass ein Sinken des Einkommensniveaus um 30 Prozent mit zahllosen menschlichen Tragödien verbunden ist. Ende 2014 wählten die Griechen die linke Syriza an die Macht und setzten in die neue Regierung große Hoffnungen. Als Finanzminister bestimmte der neue Regierungschef Tsipras den Ökonomen Yanis Varoufakis. Das ist insofern bemerkenswert, als dieser im Februar 2014 in seinem Blog einen Vorschlag für eine Parallelwährung in Griechenland unterbreitet hat. Wie sieht dieser Vorschlag aus?

Varoufakis' Vorschlag

Ausgangspunkt ist für Varoufakis die Abwärtsentwicklung der griechischen Wirtschaft

hätte, um in großen Mengen US-Staatsanleihen zu kaufen, hätte die Europäische Zentralbank nur zögerlich auf Wirtschaftsschwäche und fallende Preise reagiert. Der Süden Europas sei davon besonders betroffen. Varoufakis zieht einen interessanten Vergleich mit der Kryptowährung Bitcoin: Die Menge der Bitcoins ist absolut auf 21 Millionen begrenzt. Es besteht keine Möglichkeit, Wachstumsimpulse durch eine Erhöhung der Geldmenge zu erzielen. Ähnlich sei die Geldmenge in den südlichen Staaten Europas fixiert. Die Stärke einer Wirtschaftsregion ziehe Geld an, dieses fehle dann in einer anderen Region. Varoufakis blendet bei seiner Analyse jedoch aus, dass die Europäische Zentralbank die Geldmenge ähnlich stark erhöht

hat wie die US-Notenbank. Von dieser Erhöhung ist in Italien, Spanien und Portugal nichts angekommen, sondern im Gegenteil, es ist sogar Geld abgeflossen. Am massivsten war der Abfluss jedoch in Griechenland. Eine noch stärkere Erhöhung der Euromenge hätte den Griechen daher auch nichts genützt. Trotz der ungenauen Analyse kommt Varoufakis zu einem richtigen Schluss, nämlich dass die Einführung einer Parallelwährung zu einer Stabilisierung der Geldflüsse beitragen könnte.

Angeregt durch die Debatte um die Kryptowährung Bitcoins entwickelt Varoufakis das Konzept der »FT-Coins«. FT steht für Future Taxes, also zukünftige Steuereinnahmen. Es geht also um die Schöpfung von Geld aus der Erwartung zukünftiger Steuereinnahmen. Varoufakis ist sich bewusst, dass das Bezahlen von Steuern in Griechenland nicht besonders beliebt ist, daher versucht er es mit einem Anreiz: »Du bezahlst, sagen wir, 1.000 Euro für 1 FT-Coin des Finanzministeriums von Spanien, Griechenland, Italien, Irland etc. Dieser Vorgang ist mit folgender Vereinbarung verbunden: Der FT-Coin kann entweder jederzeit wieder in 1.000 Euro eingelöst werden oder er bewirkt nach zwei Jahren eine Steuergutschrift in Höhe von 1.500 Euro. Jeder FT-Coin trägt einen Zeitstempel, der gewährleistet, dass der Nachlass frühestens nach zwei Jahren wirksam wird. Nach Einlösung von FT-Coins können wieder neue FT-Coins emittiert werden. Dabei wird sicher gestellt, dass die gesamte Menge an FT-Coins nicht mehr als zum Beispiel 10% des griechischen Bruttoinlandsprodukt beträgt.«

Das Konzept offenbart viel von dem Denken von Varoufakis. Die jederzeitige Garantie, den FT-Coin ohne Abschlag in Euro einlösen zu können, geht von einer hohen Vertrauenswürdigkeit aus. Würde diese Vertrauenswür-

»Mit der Parallelwährung wird die Geldmenge pro Kopf um 2.000 NEURO erhöht.«

digkeit in der Praxis getestet, würden also viele Teilnehmer die FT-Coins tatsächlich in Euro einlösen wollen, würde man möglicherweise feststellen, dass gar nicht so viel Liquidität vorhanden ist. Die zweite Annahme ist, dass der 50%-ige Bonus die Bereitschaft zum Steuerzahlen erhöht. Die Gefahr ist jedoch, dass diejenigen, die noch Steuern zahlen, den Rabatt von einem Drittel mitnehmen und dass diejenigen, die heute keine Steuern entrich-

ten, das auch in Zukunft nicht tun werden. Das würde den Staatshaushalt also möglicherweise weiter schmälern. Die dritte Problematik ist der Anreiz zum Geldhorten, und zwar für diejenigen, die in Bälde Steuern bezahlen müssen.

Der Parallelwährungsvorschlag von Varoufakis krankt also an mehreren Problemen:

1. Bei einem angeknacksten Vertrauen wird

- die geschöpfte Parallelwährung in Windeseile zurückgetauscht.
- 2. Der Bonus kommt zwar den ehrlichen Steuerzahlern zugute, aber wenn die Bereitschaft zum Steuerzahlen nicht insgesamt deutlich ansteigt, wird ein armer Staat durch den FT-Coin noch ärmer. Das erhöht die Pleitewahrscheinlichkeit und die Tendenz, den FT-Coin lieber gleich in Euro zu wechseln.
- 3. Der FT-Coin tendiert zu einer langsamen Geldumlaufgeschwindigkeit, weil er aufgrund der Steuergutschrift ungern weitergegeben wird.

An diesem Vorschlag lässt sich gut sehen, dass eine Parallelwährung kein Selbstläufer ist. Es kommt sehr auf die Konzeption an. Eine schlechte Konzeption kann die angestrebte Wirkung nicht nur außer Kraft setzen, sondern sogar bewirken, dass das Ganze nach hinten losgeht. In der Fachsprache spricht man von einem negativen Geldschöpfungsmultiplikator, wenn das in Umlauf gesetzte Geld zu einer Verringerung der Wirtschaftsleistung führt. In diesem Fall würde die Goethe'sche Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft, genau umgedreht. Können wir nicht vielleicht auch das Gute wollen und dann das Gute schaffen?

Geldabfluss aus Griechenland

Keihen wir zur Diagnose des Patienten zurück. Offensichtlich ist, dass es dem griechischen Patienten schlecht geht. Die Wirtschaftsleistung ist um ein Drittel gesunken. Fabriken stehen still, Arbeitskräfte sitzen zu Hause und die Jugend hat die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit im eigenen Land oder der Entwurzelung durch Wegzug. Liegt es etwa an den Löhnen oder der Struktur? 2013 war Griechenland die Nr. 1 in punkto Reformen und Reduzierung von Lohnstückkosten (Studie des Lisbon Council). Dennoch kam die Wirtschaft auch nach fünf Jahren Krise nicht in Schwung. In den Medien hieß es, dass die Reformen

weitergehen müssten und dass die Einschnitte noch nicht tief genug seien. Wenn aber die Lohnstückkosten innerhalb von zwei Jahren von 2011 bis 2013 im Vergleich zur Eurozone um 15% gesunken sind, dann haben die Probleme in Griechenland nicht mehr allzu viel mit den angeblich zu hohen Lohnkosten zu tun, sondern es besteht eine tiefgreifende Vertrauenskrise. Dies erkennt man sehr gut an den Geldflüssen (Tabelle 1).

	Eurozone	Deutschland	Griechenland
Geldmenge M1 Ende 2009 pro Kopf	12.100,00 €	14.800,00 €	11.300,00 €
Geldmenge M1 Ende 2014 pro Kopf	17.700,00 €	21.500,00 €	8.400,00 €
Differenz	+ 5.600 €	+ 6.700 €	- 2.900,00 €

Tabelle 1

Zwischen 2009 und 2014 wurde die Geldmenge in der Eurozone pro Einwohner um 5.600 Euro pro Kopf erhöht. In Deutschland blieb von dieser Erhöhung überdurchschnittlich viel hängen, nämlich 6.700 Euro pro Kopf. In Griechenland blieb von dieser Erhöhung gar nichts. Es gab sogar einen gravierenden Geldabfluss in Höhe von 2.900 Euro pro Person. Die »Freizügigkeit« des Euro wirkte sich einerseits für Deutschland positiv aus, für Griechenland ist der Euro dagegen ein einziges Desaster. Aus der deutschen Perspektive können wir mit der aktuellen Lage im Euro-Raum gelassen umgehen. Die deutsche Wirtschaft profitiert weiterhin von den Geldzuflüssen und die eingegangenen Kreditbürgschaften für die südeuropäischen Staaten führen derzeit (noch) nicht zu Zahlungsverpflichtungen für den deutschen Staat.

Ein NEURO für Griechenland

Die Begrenzung des Geldabflusses müsste für Griechenland die allerhöchste Priorität haben. Eine Parallelwährung muss daher mit einer Abflussbremse ausgestattet sein. Bei dem ersten Vorschlag zum Neuro (vgl. Gelleri/Mayer 2011 »Expressgeld für Griechenland« sowie Gelleri 2012 »NEURO für Griechenland« unter www.expressgeld.de) wurde eine Rücktauschgebühr in Höhe von 10 Prozent für den Tausch der Parallelwährung in Euro vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist sinnvoll für krisengeschüttelte Länder wie Italien, Spanien und Portugal, die noch genügend Euro-Reserven vorhalten können. Dies war auch noch in Griechenland in den Jahren 2011 und 2012 der Fall. Mittlerweile ist die wirtschaftliche und politische Situation so akut, dass der ursprüngliche Vorschlag modifiziert werden muss, bis sich die Lage stabilisiert. Es sei auch angemerkt, dass der Eindruck besteht, dass das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Nehmen wir aber fiktiv an, dass sich die griechische Notenbank, die griechische Regierung, die Europäische Zentral-

bank und die Europartner auf folgenden Plan einigen:

1. Die griechische Notenbank erhält die Erlaubnis, eine Parallelwährung in Höhe von zwölf Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts heraus zu geben. Das entspricht etwa einem Wert von 22 Milliarden Euro.
2. Die Parallelwährung erhält den Namen NEURO, der neue Euro für Griechenland.
3. Die Parallelwährung wird rein elektronisch herausgegeben und ist nicht umtauschbar in Euro. Es gibt kein Bargeld.
4. Der griechische Staat garantiert die Annahme von NEURO für Zahlungen von Steuern, Abgaben und Leistungen 1 zu 1 zum Euro. Der offizielle Wert eines NEURO beträgt 1 Euro.
5. Der Handel von NEURO ist erlaubt. Der Wechselkurs entwickelt sich nach Angebot und Nachfrage. Für jeden Handel ist eine Transaktionssteuer in Höhe von 3% zu entrichten.
6. Der NEURO wird der griechischen Regierung zinsfrei für drei Jahre zur Verfügung gestellt. Nach zwei Jahren werden die Ergebnisse evaluiert. Die Regeln werden optimiert und die neue optimale Geldmenge bestimmt.

»Durch die hohe Umlaufgeschwindigkeit des NEURO könnte der wirtschaftliche Niedergang kurzfristig gestoppt werden.«

7. Parallel zu den vorhandenen Eurokonten führen die Geschäftsbanken NEURO-Konten mit einem anfänglichen Negativzins von 3 %. Transaktionen zu Eurokonten sind technisch erst einmal nicht möglich. Ein Drittel des Negativzinses fließt an die Geschäftsbanken für den Betrieb des Kontensystems. Es stehen 200 Millionen NEURO zur Verfügung, um einen geschätzten Aufwand von vier Millionen Konten mit jeweils einer bargeldlosen Bezahlkarte abzudecken. Die Geschäftsbanken dürfen für die Kontoführung und die Ausgabe der Bezahlkarte keine weiteren Gebühren erheben. Ein Drittel des Negativzinses fließt an die griechische Notenbank für den Ausbau der Infrastruktur der Parallelwährung. Bei einem Absinken der Geldumlaufgeschwindigkeit des NEURO kann die Notenbank den Negativzins erhöhen.
8. Per Gesetz werden alle Zahlungsempfänger des griechischen Staates verpflichtet,



Zurück zur Drachme oder hin zum Neuro? Geld kann sich positiv weiterentwickeln. Die Griechen könnten dabei Vorreiter sein.

NEURO in einer festgelegten Quote zu akzeptieren. Die anfängliche Quote beträgt in den ersten sechs Monaten 10%. Sobald sich die Geldkreisläufe in Griechenland eingespielt haben, wird die Quote schrittweise erhöht. Mitglieder des Parlaments und Regierungsmitglieder erhalten von Anfang an 75 % des Nettogehalts in NEURO ausgezahlt.

9. Ein großer Teil der NEURO werden für Investitions- und Sozialprogramme verwendet. Ein Beispiel wäre die Reaktivierung von Nachtzulagen für Polizei-Beamte. Ein weiteres Beispiel wären zinsfreie Kredite für kleine und mittelständische Unternehmen. Auch Sozialprogramme zur Linderung der stärksten Not könnten in NEURO ausgezahlt werden

Positive Wirkungen

Der NEURO stärkt die Gemeinschaft in Griechenland. Mit der Parallelwährung wird die Geldmenge pro Kopf um 2.000 NEURO erhöht. Durch die zu erwartende hohe Umlaufgeschwindigkeit des NEURO könnte der wirtschaftliche Niedergang kurzfristig gestoppt werden. Der NEURO würde vor allem das Wiederaufblühen der Binnenwirtschaft stärken. Landwirte, Handwerker, Verkehrsbetriebe, Einzelhändler und inländische Dienstleister und Produzenten würden am stärksten profitieren. Durch den elektronischen Zahlungsverkehr werden alle Umsätze genauestens erfasst. Um den Negativzins

zu vermeiden, würden NEURO gegenüber Euro bei Steuerzahlungen bevorzugt verwendet. Der NEURO wäre nicht zum Horten geeignet, sondern einzig allein für das Bezahlen, Investieren und Schenken. Es entstünde ein »leichtes« Geld, das gerne und schnell ausgegeben wird. Sobald der Steuerbescheid eintrifft, werden bereits NEURO überwiesen. Der Euro wäre weiterhin stark in Tourismus-Regionen und bei exportorientierten Firmen. Im Bereich der Binnenwirtschaft könnte der NEURO zum gängigen Zahlungsmittel werden.

Thema Bargeld

Ein großes Thema ist das Euro-Bargeld, das sich in Griechenland bereits seit der Euro-Einführung stetig wachsender Beliebtheit erfreut. Waren 2007 etwa 1.000 Euro pro Person in Umlauf, sind es 2014 über 2.000 Euro. Der durchschnittliche Grieche hat aber nicht 2.000 Euro im Geldbeutel, sondern unter 100 Euro. Wo ist also das ganze Bargeld? Ein nicht

»Elf Millionen Menschen in Griechenland nehmen mit dem NEURO ihr Schicksal wieder in die eigene Hand.«

kleiner Anteil zirkuliert in der Schwarzwirtschaft, ein großer Anteil wird in Tresoren gehortet. Das zeigt sich an dem hohen Anteil von 500-Euro-Scheinen, die in der normalen Bevölkerung nur selten verwendet werden. Von der griechischen Regierung wurde vorgeschlagen, Zahlungen in Euro-Bargeld auf maximal 70 Euro pro Transaktion zu beschränken. Zahlungen darüber hinaus wären bei Verwendung von Bargeld strafbar. Ob ein solches Verbot auch umgesetzt und kontrolliert werden kann, ist allerdings sehr zweifelhaft.

Der Harvard-Professor Kenneth Rogoff fordert die Abschaffung des Bargeldes, weil dadurch die Schwarzgeld-Wirtschaft und Kriminalität eingedämmt und zum anderen die Einführung von Negativzinsen erleichtert werden würde. 2009 wurde er für diesen Vorschlag noch belächelt. Mittlerweile erhält er dafür Preise und Auszeichnungen, wie zuletzt im Dezember 2014 als »Distinguished Fellow« in München. Griechenland allein kann am Euro-Bargeld kurz- und mittelfristig nichts ver-

Modellrechnung	EURO	NEURO
Staatsausgaben pro Monat	8 Mrd. €	2 Mrd. NEURO
Durchschnittliche Geldmenge	90 Mrd. €	22 Mrd. NEURO
Geldmengenmultiplikator	2 x	4 x
BIP aktuell	180 Mrd. €	
BIP nach Einführung des NEURO	160 Mrd. €	88 Mrd. NEURO
Steuereinnahmen		+ 22 Mrd. NEURO
Kosten für Negativzins		0,6 Mrd. NEURO

Tabelle 2

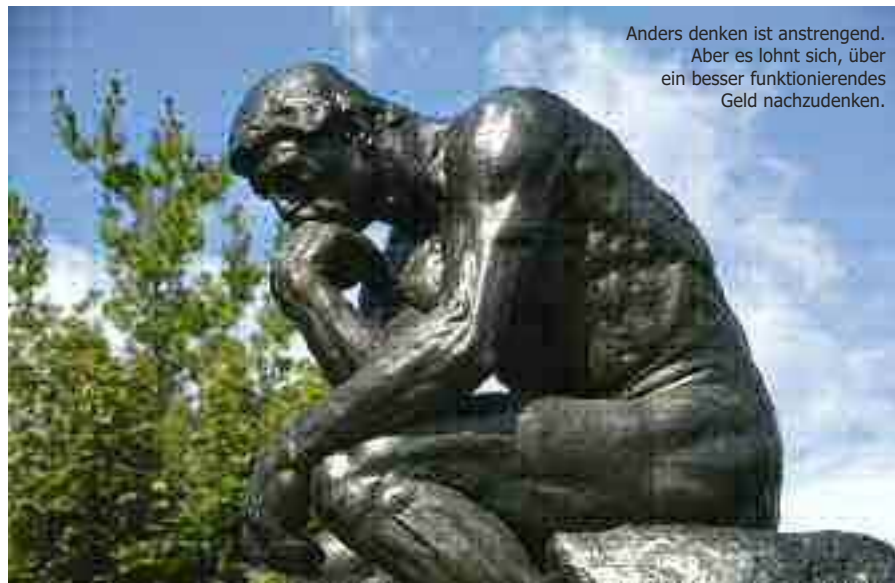
nicht ins Ausland flüchten kann. Dabei ist die soziale Ausgewogenheit von der Politik zu gewährleisten.

Positive Stimmung erzeugen

Am allerwichtigsten ist aber die Erzeugung einer positiven Grundstimmung und das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass nur das zügige Ausgeben von Geld dazu führt, dass es am Ende des Tages wieder Einnahmen für die Unternehmer, die Bürger und den Staat

und wieder aufbauen. Diese Art der Sanierung von innen mit der Hilfe von außen könnte Vorbildcharakter auch für andere krisengeschüttelte Staaten haben.

Zum Abschluss noch eine Modellrechnung, die aufzeigt, welche Wertschöpfungseffekte eine Parallelwährung haben könnte. Die Effekte würden sich schrittweise aufbauen. Nach zwei bis drei Jahren könnte das Bruttoinlandsprodukt wieder das Niveau von 2008 erreichen (Tabelle 2).



Anders denken ist anstrengend.
Aber es lohnt sich, über
ein besser funktionierendes
Geld nachzudenken.

ändern. Daher muss die Entwicklung beim Euro-Bargeld genau beobachtet werden. Der griechische Staat kann als größter Wirtschaftsteilnehmer stark zur Aufwertung des bargeldlosen Bezahlens beitragen. Alle Ausgaben in NEURO und Euro können bargeldlos getätigt werden. Bei den Einnahmen kann der Staat für Bargeldzahlungen eine Transaktionssteuer erheben. Indem also das Zahlen von Steuern mit Euro-Bargeld teurer als mit NEURO ist und Gehälter in NEURO ein bisschen höher sind als in Euro, werden Anreize zur Verwendung gesetzt. Ein weiterer Aspekt ist eine effektive Besteuerung. Welche Steuern werden umgangen und welche wirken für alle? Beispiele sind Steuern für das Abheben von Euro-Bargeld am Geldautomaten oder Steuern auf Grund- und Boden, der

gibt. Elf Millionen Menschen in Griechenland nehmen mit dem NEURO ihr Schicksal wieder in die eigene Hand. Deutschland könnte zur positiven Stimmung beitragen, indem die Forderungen gegenüber Griechenland wie folgt neu strukturiert werden: Deutschland verzichtet auf Zinsen und bietet bis zum Jahr 2020 Tilgungsfreiheit an. Ab 2021 verpflichtet sich Griechenland zur Zahlung von 5% Tilgung pro Jahr, zahlbar in NEURO. Dieser bewusste Schritt käme einer ungeordneten Insolvenz zuvor und würde sicherstellen, dass die Deutschen für ihre jahre- und jahrzehntelang erbrachten Export-Leistungen an Griechenland wieder in etwa gleichem Umfang Gegenleistungen aus Griechenland erhalten. Dazu ist aber erst einmal erforderlich, dass sich die Strukturen in Griechenland festigen

Wenn man sich einmal vorstellt, dass eine Maßnahme, die den einzelnen Bürger im Durchschnitt etwa 50 (N)EURO im Jahr kostet, eine durchschnittliche Einnahme von 6.000 (N)EURO erzeugt, dann muss man sich fragen, warum das noch nicht längst umgesetzt ist. Die Antwort ist einfach: Anders denken ist anstrengend. Wenn wir so weiterdenken wie bisher, dann drucken wir pro Monat 60 Milliarden Euro und kaufen dafür Altschulden. Dadurch steigen zwar die Börsenkurse ins Unermessliche, aber den Bürgern bringt das rein gar nichts, außer dass jeder einzelne von uns am Ende die Rechnung bekommt: 2.000 Euro sozusagen als erster Abschlag für die noch kommenden größeren Rechnungen. Das haben wir bzw. unsere Banker und Politiker halt bestens gelernt: Schulden mit noch mehr Schulden bezahlen. Die Idee, das Geld in Griechenland einzusperren und unter Umlaufzwang zu setzen, würde voraussetzen, dass wir die Gelddruckmaschine für eine Weile anhalten und vielleicht sogar einen Teil der zu viel gedruckten Euro vernichten. Verrückt, oder? ■



Christian Gelleri, geb. 1973, ist ausgebildeter Diplom-Handelslehrer und Diplom-Betriebswirt. Als Initiator der Regionalwährung Chiemgauer hat er die Verbreitung von Regiogeldern in Deutschland maßgeblich geprägt. Als Gründungsvorstand des Regiogeldverbandes verfügt er über ein breites Wissen zu Stand und Perspektiven von Regiogeld.

Vollgeld im Aufwärtstrend

In der Schweiz fordert die Volksinitiative »Für ein krisensicheres Geld: Geldschöpfung alleine durch die Nationalbank« (Vollgeld-Initiative) die Einführung von Vollgeld. Seit Anfang Juni 2014 läuft die Unterschriftensammlung. Bereits über 65.000 Schweizer haben unterschrieben. Jetzt diskutiert auch Island über die Einführung eines Vollgeld-Systems.

Rekordmonate bei der Vollgeld-Initiative. Es geht steil aufwärts: Drei Monate in Folge haben wir die Sammelrekorde gebrochen! Offizieller Sammelstand an gültigen Unterschriften per Ende Mai: Über 65.000.

Die Grafik zeigt es deutlich: Seit März nimmt die Zahl der gültigen Unterschriften markant zu. Jetzt gilt: Weiter so! 100.000 gültige Unterschriften braucht es bis Dezember 2015, damit die Schweiz über das Vollgeld abstimmen kann.

Über 2.200 Personen nahmen an einer Umfrage der Schweizer Wirtschaftszeitschrift Cash über die Vollgeld-Initiative teil und sorgten für ein überraschend klares Bild: 72 Prozent antworteten mit »Ja«, hegen also Sympathien für das Anliegen.

Das freut die Initianten natürlich sehr!

Erfolgreiche Geld-Veranstaltungen

An der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich fanden im Mai öffentliche Vorlesungen mit Dr. Thomas Mayer (eh. Chefökonom der Deutschen Bank) und Prof. Joseph Huber über das (Voll-)Geldsystem statt. Ein paar Tage zuvor hatte bereits Philippe Mastronardi (em. HSG-Professor für öffentliches Recht) im Volkshaus Zürich über Vollgeld referiert. Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Das Thema scheint nun auch in Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen angekommen zu sein.

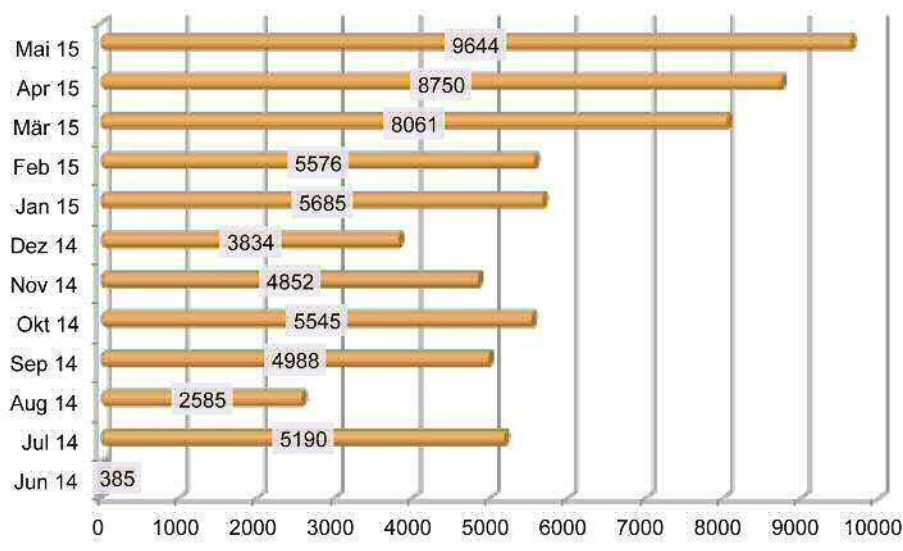
Island erwägt Vollgeld-System

Auch die isländische Regierung erwägt derzeit die Einführung eines Vollgeld-Systems.

Ziele der Schweizer Vollgeld-Initiative:

1. Allein die Nationalbank stellt künftig elektronisches Buchgeld her.
2. Banken dürfen selbst kein eigenes Giralgeld mehr erzeugen, sondern nur noch das Geld verleihen, das es schon gibt.
3. Neues Vollgeld bringt die Nationalbank in der Regel durch schuld- und zinsfreie Übergabe an Bund, Kantone oder die Bürgerinnen und Bürger in Umlauf.

Gesammelte Unterschriften



Der Vorschlag entstammt einem Bericht mit dem Titel »Ein besseres Geldsystem für Island« des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des isländischen Parlaments, Frosti Sigurjonsson. Der vom Ministerpräsidenten Sigmundur David Gunnlaugsson selbst in Auftrag gegebene Bericht befasst sich mit dem Ziel, ein Geldsystem zu beenden, das zahlreiche Finanzkrisen ermöglichte, einschliesslich derjenigen im Jahr 2008. Laut einer Studie von vier Zentralbankern erlebte Island seit 1875 »mehr als 20 Fälle von Finanzkrisen verschiedener Art«.

Auch die Isländische Zentralbank kann die Geldmenge nur ungenügend steuern. Sigurjonsson erklärte, die Zentralbank habe derzeit keine Möglichkeit, den Kreditboom zu kontrollieren, wodurch steigende Inflation sowie übertriebene Risikobereitschaft und Spekulation begünstigt werden, was wiederum die

Gefahr von Bankenzusammenbrüchen und kostspieligen staatlichen Interventionen erhöht.

Der Ministerpräsident kommentierte den Bericht wie folgt: »Die Ergebnisse werden hier und anderswo einen wichtigen Beitrag zu den bevorstehenden Gesprächen zum Thema Geldschöpfung und Geldpolitik leisten«. Weitere Abklärungen seien nun nötig, um das Vollgeld-System umzusetzen.

Daniel Meier (Co-Präsident der INWO Schweiz und Vollgeld-Mitinitiant)

Die Kontaktadresse der Vollgeld-Initiative:
Verein Monetäre Modernisierung (MoMo),
Postfach 3160, CH-5430 Wettingen
Tel.: +41 (0)44 586 69 94
oder +41 (0)79 773 34 50
info@vollgeld-initiative.ch
www.vollgeld-initiative.ch



VOLLGELD
INITIATIVE

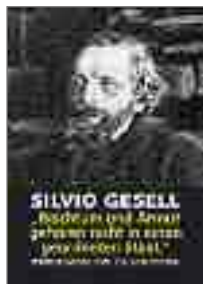


ZU KRISENSICHEREM GELD:
GELDSCHÖPFUNG WIEDER
IN ÖFFENTLICHE HAND



Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Silvio Gesell: »Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat«. **Werkauswahl zum 150. Geburtstag.**

Ganz im Sinne von Gesells Hoffnung, die er 1928 zum Ausdruck brachte, soll diese Werkauswahl ein größeres Interesse an vertiefenden Studien wecken: »Das, was ich will, ist nicht Sache eines Menschen. Ich konnte die Richtung angeben. Das Übrige tun andere.« Heute könnte sich eine historische Chance zur Verwirklichung der Geld- und Bodenreformgedanken ergeben. Sie sollte genutzt werden, denn heute gilt wieder, was Gesell kurz vor dem Ersten Weltkrieg anmahnte: »Warten wir nicht die Wirtschaftskrise, den Bruder- und Völkerkrieg ab, um eine geistige Arbeit zu verrichten, wozu Ruhe und Frieden unentzerrbare Voraussetzungen sind. Jetzt ist die Zeit, die Währungsfragen zu erörtern.«

Pb., 230 S., Verlag für Sozialökonomie 2011, 19.90 €, Art.Nr. E2



Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn

Ökonomische Renten sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Die »Ersünde« ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten.

198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform

Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3

Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5

Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3

Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9

Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomie, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5

Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6

Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01€, Art.Nr. K9

Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9

Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge Pb., 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9

Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen. www.inwo.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!



INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg/F.
Tel.: 06623 91 96 01
Fax: 06623 91 96 02
E-Mail: INWO@INWO.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
 Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
 Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

 Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

_____ Vorname	_____ Name	
_____ Straße	_____ Postleitzahl	_____ Ort
_____ E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige Informationen)	_____ Telefon (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)	

Ort, Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

_____ Geburtsdatum bzw. Jahrgang	_____ Beruf/Tätigkeit
-------------------------------------	--------------------------

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

- Faltblatt Bekannte Internet Vortrag Seminar Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE__ | ____ | ____ | ____ | ____ | __ BIC: _____ | ____

Name des Kreditinstituts: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorstand: Vlado Plaga, Erich Lange - Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338

IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00 - BIC: GENODEM1 GLS

Kto.Nr. 6010 4514 00 - BLZ 4306 0967 - GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Hilfe, die wirklich ankommt in Afrika

Nyendo-lernen hand in hand begleitet Schüler beim Aufbau von Schülerfirmen. Diese helfen mit Geld und Ideen im afrikanischen Slum. Doch genauso profitieren die Schüler selbst als Unternehmer, die gleichzeitig lernen und Sinnvolles bewirken.

Seid Ihr arm?« – Langsam einigten wir uns von einem »Nein« auf ein »Ja«. Wir, die »Entwickelten« leiden an einer geistigen Armut.

»In dieser Zeit habe ich so unglaublich viel gelernt und gesehen. Ich habe Slums besucht und daneben die Villen der Reichen gesehen – so etwas geht dir nicht mehr aus dem Kopf! Ich werde viel davon für mein Leben mitnehmen können.«

»Wie kann man denn dann überhaupt Hilfe leisten, die auch wirklich ankommt? Unserer Meinung nach haben wir einen richtigen Weg gefunden.«

»Meine Motivation bei Nyendo mitzumachen, war das Wissen, in was für Lebensbedingungen viele, viele Menschen leben müssen, weil ihnen keine andere Möglichkeit bleibt. Das hat mich motiviert, zwei lange Jahre mit ganzem Herzen in diesem Projekt tätig zu sein und mit ihm durch Höhen und Tiefen zu gehen.«

»Ich habe mit der Zeit gemerkt, dass nicht nur die Afrikaner von unserer Arbeit bei Nyendo profitieren, sondern wir selber auch.«

Das sind Schülerstimmen. Die Nyendo-lernen hand in hand UG begleitet Schüler im Alter von 14-17 Jahren beim Aufbau von Schülerfirmen. Mit dem Gewinn, den sie erwirtschaften, unterstützen sie die Kinder und Eltern ihrer Partnerschulen in den Slums von Nairobi in Kenia. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Nairobis, ca. 2 Millionen Menschen, leben dort unter unwürdigen Bedingungen. Die meisten haben nicht mehr als 1 bis 2 Dollar pro Tag zum Leben.

Lernen fürs Leben

Der hier erwirtschaftete Erlös geht dort in Projekte wie eine regionale Währung oder urbane organische Landwirtschaft, mit denen die Schulen und Eltern sich eigenverantwortlich ein Stück weit aus der sozialen und wirtschaftlichen Not befreien und so zu einem neuen Selbstbewusstsein finden können.

Wenn die Schüler dann regelmäßig ihre Partnerschulgemeinden besuchen, haben sie nicht nur Kompetenzen als Sozialunternehmer gewonnen, sondern auch Selbsterkenntnis und in der persönlichen Begegnung interkulturelle Erfahrungen für eine neue Kultur des »Mit-

einander«, für eine nachhaltige Entwicklung der Globalisierung. Etliche Schulabgänger haben noch ein Afrikajahr angehängt. In jedem Fall bleibt ihre Berufswahl und ihr weiteres Leben nicht unbeeinflusst von ihren Erlebnissen und Begegnungen.

Regiogeld für Nairobi

Im Oktober 2014 führte Nyendo mit ihrem dortigen Partner Will Ruddick von KORU Kenya die Regionalwährung Gatina Pesa in der ersten Gemeinde im Kawangware Slum von Nairobi ein. Die Gatina Pesa-Gutscheine werden als zinsfreier und nicht rückzahlbarer Mikrokredit an die Kleinsthändler ausgegeben und müssen in ständigem Umlauf sein. Da ihnen die kenianische Währung in ihrer Armut kaum zur Verfügung steht, hilft die Parallelwährung den üblichen Tauschhandel zu erleichtern. Mit großem Erfolg: Aus den anfänglich 60 registrierten Kleinsthändlern in der ersten Gemeinde – Müller, die Mais mahlen, Schneider, Obst- und Gemüseverkäufer, Bäcker, Fahrradkurier etc. – sind inzwischen weit über 100 geworden. Durch die komplementäre Verwendung der Gatina Pesa sind inzwischen zusätzliche 7.000 € erwirtschaftet worden. Damit können nun Dienstleistungen bezahlt und Waren gekauft werden, die sonst wegen Geldmangel liegen geblieben oder verdorben wären. Eltern können wieder Schulgeld bezahlen für ihre Kinder. Innerhalb eines Jahres wird sich diese Summe auf mehr als 20.000 € erhöhen, ein Zuwachs von 25 %.

Eine Bewegung im Entstehen

Im April 2015 folgte die Einführung des Kangemi Pesa in der zweiten Schulgemeinde. Weitere Schulen und ihre Gemeinden in den Slums von Kawangware und Kangemi stehen schon in der Warteschlange. Eine der Gemeinden von Kibera (dem größten Slum von Nairobi mit fast 1 Million Einwohnern) wird gerade vorbereitet auf die nächste Einführung ... Eine große Bewegung ist im Entstehen!

Was Nyendo sich außerdem erhofft hatte, hat auch schon begonnen. Durch die Regionalwährung wächst die Gemeinde zusammen und kann gemeinsame Projekte angehen, wie u.a. die Einführung der urbanen Landwirtschaft.



Der Nyendo-Partner SACDEP Kenya hat seit 20 Jahren erfolgreich Kleinbauerngruppen auf dem Land geschult, sie unabhängig gemacht und ihre Lebensumstände wesentlich verbessert. SACDEP wird jetzt erstmals die Slumbewohner darin unterrichten, wie man Gemüse anbaut für die Ernährung der eigenen Familie, und im Schulgarten für die Schulspeisung. Sie zeigen, wie man den Rest auf dem Markt verkauft, Kleintiere wie Hasen, Geflügel und Ziegen züchtet und Energie mit Hilfe von Biogasanlagen erzeugt, gespeist aus Küchen- und Toilettenabfällen der Schulen.

Derzeit arbeitet Nyendo mit 5 Schulen in Bayern und Frankfurt und 5 Partnerschulen in Nairobi, 4 davon im Slum. Weitere Slumschulen warten schon dringend auf deutsche Partnerschulen. Insgesamt wurden bis jetzt 100.000 € erwirtschaftet.

Durch die Unterstützung der Nyendo-Schüler soll eine Gemeinde nach der anderen zum Wachsen und Blühen gebracht werden, damit dort hoffentlich bald immer mehr Menschen ihre Bedürfnisse eigenständig erfüllen und immer mehr Kinder eine gute Schulbildung genießen können, mit der Aussicht auf ein gutes Berufsleben. Damit sie in ihrer Heimat bleiben können und keiner sich auf den oft tödlichen Weg nach Europa machen muss, um zu überleben.

Dolores Glanert

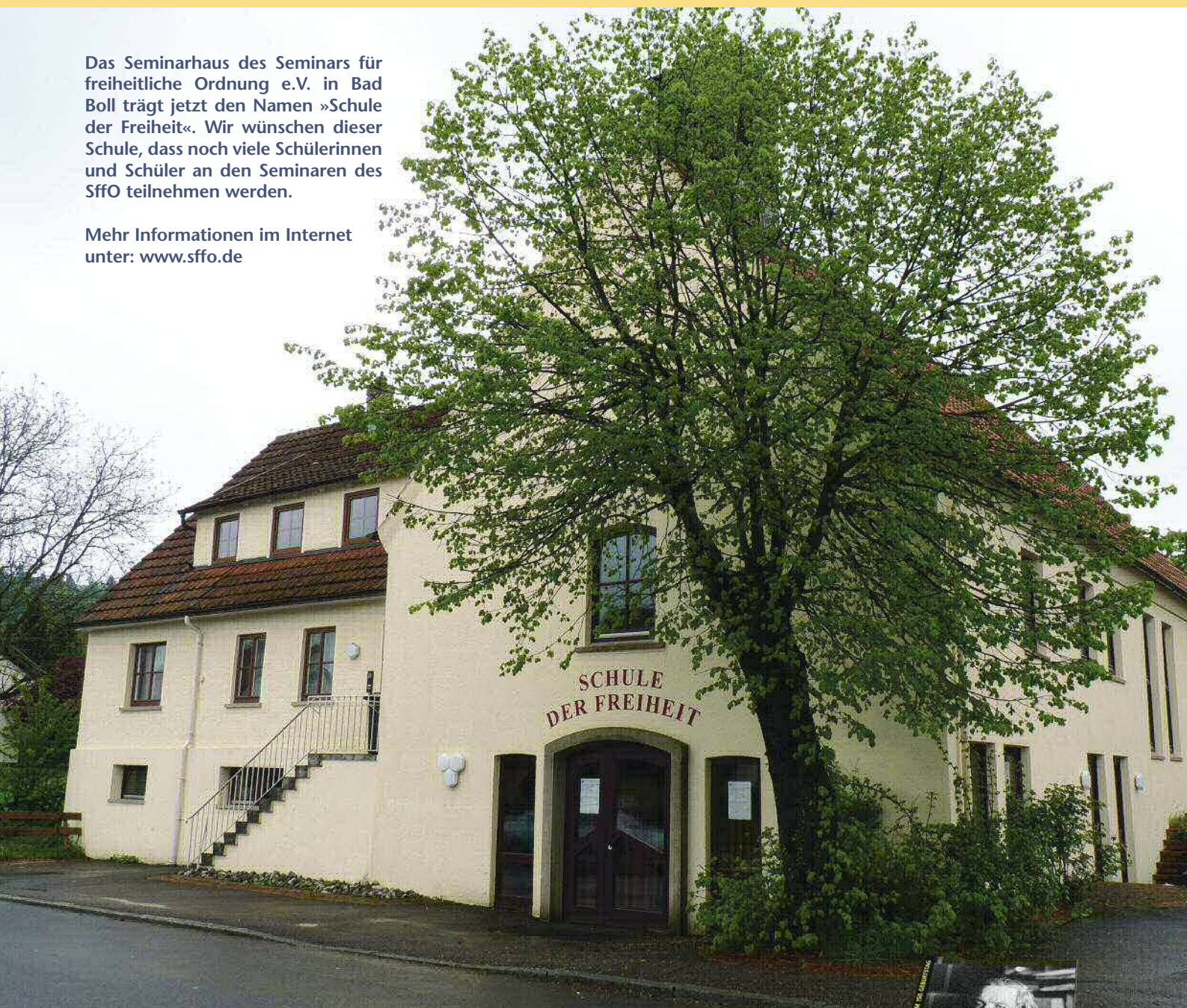
Näheres zu Nyendo finden Sie auf der Webseite www.nyendo-lernen.de oder zur Gründerin Frau Irmgard Wutte auf www.irmgard-wutte.de. Über die erste Einführung des Gatina Pesa gibt es einen 10-minütigen Film unter: <http://youtu.be/fZFawsWiv18>
Informationen auf Englisch unter: <http://koru.or.ke/bangla>

Reichtum und Armut sind gleichmäßig pervers. Sie gehören nicht in einen geordneten Staat, sie sind mit dem Bürger- und Völkerfrieden unvereinbar. Friede ist nichts anderes als Freiheit, und frei ist nur der (...), der für die Deckung seiner Bedürfnisse sich auf seine persönliche Arbeit, seine wirtschaftliche Stellung verlassen kann. Armut ist eine Kette und Reichtum ist eine Kette, und der Anblick von Ketten muss jedem Freien ein Greuel sein. Wo er sie sieht, muss er sie brechen. Das ist Friedensarbeit.

Silvio Gesell 1916 in »Gold oder Frieden?«

Das Seminarhaus des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. in Bad Boll trägt jetzt den Namen »Schule der Freiheit«. Wir wünschen dieser Schule, dass noch viele Schülerinnen und Schüler an den Seminaren des SffO teilnehmen werden.

Mehr Informationen im Internet unter: www.sffo.de



Mehr Texte von Silvio Gesell finden Sie zum Beispiel in der Werkauswahl zum 150. Geburtstag, bestellbar im INWO-Shop www.INWO.de/shop



»Grundsteuer: Zeitgemäß!« – aktuell

2010 verlangte der Bundesfinanzhof ein neues Verfahren zur Ermittlung der Grundsteuer. Seitdem diskutieren Bund, Länder und Gemeinden über eine Reform. Im Dezember 2012 wurde daher der bundesweite Aufruf »Für eine zeitgemäße Reform der Grundsteuer« veröffentlicht, der auch von der INWO unterstützt wird.

Zunächst unterzeichnet von sechs Bürgermeistern, Olaf Tschimpke, dem Präsidenten des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), und Prof. Dr. Dirk Lühr von der Hochschule Trier, haben sich seitdem viele weitere Bürgermeister, zahlreiche Vereine und Verbände, darunter die INWO, sowie hunderte Einzelpersonen dem Aufruf angeschlossen. Sein Ziel: eine Grundsteuer mit unverbundener, nur an Grund und Boden anknüpfender Bemessungsgrundlage – um allein die endliche Ressource Boden zu besteuern.

Die bisher von Bund, Ländern und Gemeinden diskutierten Vorschläge sahen dagegen vor, weiterhin an dem geltenden Prinzip festzuhalten, dass nicht nur der Grund, sondern auch das Gebäude, das darauf steht, die Höhe der Grundsteuer bestimmt. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Seit Kurzem haben die Erstunterzeichner es schriftlich: Die drei bisher untersuchten Grundsteuer-Reformmodelle – allesamt mit verbundener Bemessungsgrundlage – sind »vorerst nicht mehr in der Diskussion«. So die offizielle Antwort des für die Modellverprobung federführenden Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen auf eine Anfrage der Erstunterzeichner nach dem Stand der Dinge. Das ist eine gute Nachricht.

Die größtenteils weiterhin schlechte Nachricht: Die mit der Modellverprobung befasste Arbeitsgruppe hat sich

»mehrheitlich dafür ausgesprochen«, die im Aufruf vorgeschlagenen Bodensteuer-Varianten »nicht gesondert weiterzuverfolgen«. Ob diese Varianten überhaupt vertieft untersucht wurden und welche Gründe zu dieser Mehrheitsentscheidung führten, wurde nicht mitgeteilt. Dass es zurzeit (noch) eine Mehrheit gegen diese Vorschläge gibt, lässt den Umkehrschluss zu, dass einzelne Ländervertreter sie befürworten. Das reicht noch nicht, ist aber doch schon mal ein Teilerfolg.

Die Finanzministerien, so der aktuelle Informationsstand, arbeiten unbeirrt an einer Lösung, bei der die Gebäudekomponente die Hauptrolle spielen soll. Dabei deutet eine aktuelle Studie von Prof. Dr. Wolfram Scheffler, Universität Erlangen, darauf hin, dass beispielsweise Mieterhaushalte leicht zu den größten Verlierern einer so ausgerichteten Grundsteuerreform zählen können.

Wir haben also allen Grund, den Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!« aufrechtzuerhalten. Helfen Sie weiter mit, die Zahl der Unterstützer/innen und somit den öffentlichen Druck auf die Finanzminister zu erhöhen!

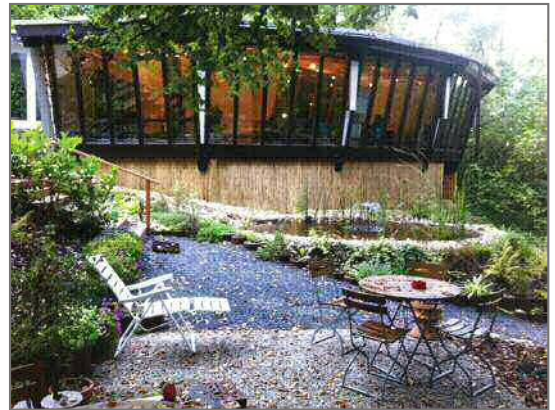
Mehr Informationen unter:
www.grundsteuerreform.net



Grundbesitz darf keine Quelle privater Bereicherung sein.

Sommerncamp an der SGT vom 13.-26. Juli

Weil das Sommerncamp an der Silvio-Gesell-Tagungsstätte letztes Jahr bereits ein Erfolg war, soll auch dieses Jahr wieder eines stattfinden. In der Zeit vom 13.-26. Juli 2015 können die TeilnehmerInnen zwei Wochen lang Spiele und künstlerische Aktionen in Gemeinschaft selbst organisieren. Außerdem wird Raum gegeben, um Formen alternativen Wirtschaftens und Zusammenlebens zu entwickeln. Wer mit dem eigenen Zelt kommt und sich auch an den »Arbeitsangeboten« beteiligt, kommt zwei Wochen ohne Geld aus, denn alle Beteiligten sorgen auch selbst für die Verpflegung. Es wird eine »Lernküche« geben, in der neben der Herstellung von frischen Speisen auch viel über Ernährung und Gesundheitsfragen gelernt werden kann. Experten werden – wie bei allen anderen Angeboten auch – den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Verfügung stehen.



Das Team des Lernorts Wuppertal plant das diesjährige Sommerncamp und will dabei ein beispielhaftes »Semester« in Kurzform für die zukünftige Bildungseinrichtung anbieten. Dabei wird diese Zeit von einem roten Faden durchzogen sein: Wie kann der Lernort Wuppertal auf der Grundlage der Ergebnisse des Open Space vom April weiter aufgebaut werden? Für die spontane Umsetzung von Ideen wird jedoch Zeit genug sein. Und am letzten Samstag, dem 25. Juli werden wir ein großes Fest feiern!

Einzelheiten des Programms werden demnächst auf den Seiten der Wuppertaler Freilichtbühne und des Lernorts Wuppertal zu finden sein: <http://wflb.de> bzw. <http://lernort-wuppertal.blogspot.de>

Steinpatenschaft

Bereits am Samstag, den 6 Juni 2015 wird ab 14 Uhr mit dem 2. Steinpatenfest die Freilichtsaison an der Freilichtbühne eröffnet. Neben Musik und Theater werden die bis dahin fertigen Steinurkunden feierlich an die neuen Steinpaten übergeben. Was hat es mit der Steinpatenschaft auf sich?



Die zukünftigen Sitzsteine der Waldfreilichtbühne warten auf ihren »Einsatz«



Die Freilichtbühne an der Silvio-Gesell-Tagungsstätte wird rund 90 Jahre nach ihrer Entstehung wieder mit Leben erfüllt. Dabei achten Jonathan Ries und die Familie Bange mann darauf, dass dem »Geist« des Geländes und der herrlichen Natur Rechnung getragen werden. Die Sitzränge werden mit Natursteinen aus einem nahe gelegenen Steinbruch geformt. Viele hundert Steine werden nötig sein, bis die zukünftigen Sitzgelegenheiten komplettiert sind. Ein einzelner Stein aus Muschelkalk misst in etwa 45 x 45 x 80 cm und wiegt rund 500 kg. Mit einer Steinpatenschaft kann man zum Gelingen dieses außergewöhnlichen Bauwerks beitragen. Die Patenschaft wird mit einer Urkunde dokumentiert und durch eine Plakette auf einer Patenschaftstafel in der Freilichtbühne sichtbar gemacht. Wer einmal sagen können möchte: »In Wuppertal bin ich steinreich!«, der übernimmt eine Steinpatenschaft und unterstützt dieses außergewöhnliche Projekt.

Ansprechpartner: Jonathan Ries und Andreas Bange mann, Info-Telefon: 02053-423766

Einladung zur Mitgliederversammlung 2015



DEUTSCHLAND

Sehr geehrtes INWO-Mitglied,
hiermit laden wir Sie herzlich zu unserer Mitgliederversammlung am
Samstag, den 18. Juli 2015
in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal ein.

Die Versammlung beginnt um 10.30 Uhr und soll gegen 15.00 Uhr enden. Für das leibliche Wohl wird es eine Mittagspause und nach der Versammlung ab ca. 15.00 Uhr eine Kaffeepause geben.

Im Anschluss an die Kaffeepause wird Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (Bad Boll) einen Vortrag über unser neues gemeinsames Positionspapier halten:

Stabile Währung und Vollbeschäftigung durch Haltegebühr auf Geld

Nach dem Vortrag ist noch Raum für Diskussion, bevor es dann in den gemütlichen Teil des Abends übergeht.

Unsere MV wird sich in das Programm des zweiwöchigen Sommercamps am neuen »Lernort Wuppertal« eingliedern. Sicherlich werden auch der Freitag und der Samstag interessante Abendveranstaltungen bieten, die noch in Planung sind.

Die Tagesordnung der MV:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Feststellen der Beschlussfähigkeit, Wahl eines Versammlungsleiters und eines Protokollanten

3. Vorstandsbericht
4. Kassenbericht und Entlastung des Vorstandes
5. Vorstandswahlen
6. Wahl der Kassenprüfer
7. Sonstiges

Vorstandsbewerbungen und Anträge, die fristgerecht, also vor dem 30. Juni 2015 bei uns eingehen, versenden wir per E-Mail. Mitglieder ohne E-Mail-Adresse können diese auf dem Postweg anfordern.

Informationen zur Anreise, Verpflegung und Unterkunft:

Die Adresse der Silvio-Gesell-Tagungsstätte ist: Schanzenweg 86 in 42111 Wuppertal

Unter: www.silvio-gesell-tagungsstaette.de können Sie sich, wenn gewünscht, für die Übernachtung anmelden.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen,
Vlado Plaga & Erich Lange
Vorstand INWO e.V.

Unser neuer INWO-Flyer ist fertig!
Bei der Mitgliederversammlung können sie zum Weiterverteilen mitgenommen werden.



Verschenken Sie ein FAIRCONOMY-Abonnement!

Mit unserer Zeitschrift machen wir auf die Ideen der FAIRCONOMY und die Arbeit der INWO aufmerksam. Helfen Sie mit, diese Ideen weiterzuverbreiten!

4 Ausgaben pro Jahr, versandkostenfrei
Preis: 10.00 € (inkl. MwSt.)

Dies und weitere Geschenkkideen finden Sie im Internet unter:
<http://www.INWO.de/shop>

Oder rufen Sie an unter

Tel.: 066 23 – 91 96 01, Fax: 066 23 – 91 96 02



Verbesserung der Europäischen Bürgerinitiative

Viele Menschen sorgen sich um Europa. Ängste machen sich breit. Für viele ist die EU undemokratisch und bürgerfern. Deshalb hat die EU vor drei Jahren die Europäische Bürgerinitiative (EBI) eingeführt. Damit die EU und ihre Bürger näher zusammenrücken.

Aber auch die EBI ist noch nicht das Gelbe vom Ei. Ausgeschlossen ist jede EBI, die sich damit beschäftigt, wie das Haus Europa gebaut sein soll. Bei grundlegenden Fragen müssen wir Bürger draußen bleiben. So will die EU-Kommission zum Beispiel gerade Verträge wie TTIP und CETA durchdrücken. Darum hat sie auch die Europäische Bürgerinitiative »Stop TTIP« verboten. Damit das in Zukunft nicht wieder passiert, müssen wir jetzt aktiv werden. Jetzt stellt die EU das Instrument auf den Prüfstand. Das ist unsere Chance, die EBI zu retten. Mit der Unterzeichnung des Aufrufes können Sie klar machen: Wir lassen uns beim Bau des Hauses Europa nicht hinter die Bauzäune verweisen. Wir sind kei-

ne Zaungäste europäischer Politik, sondern wollen die Politik mitgestalten – auch mit Volksbegehren und Volksentscheiden auf europäischer Ebene. So jedenfalls kann es nicht weitergehen.

Bitte unterzeichnen Sie den Aufruf und informieren Sie Bekannte und Verwandte

hierüber. Kommen 50.000 Unterschriften zusammen, dann werden diese in Brüssel übergeben.

Hier können Sie den Aufruf von Mehr Demokratie e.V. unterzeichnen:
www.mehr-demokratie.de/ebi-aufruf.html



MEHR DEMOKRATIE !

Rundfunkgebühren sparen und Geldreform voranbringen

Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring schrieb am 8. Mai in seinem Blog, »wie man ganz legal die Rundfunkgebühren spart und dabei die Geldreform voranbringt.« Er hat die Einzugsermächtigung für seine Rundfunkgebühren widerrufen und besteht seither – erfolglos – auf sein gesetzliches Recht, diese in bar zu entrichten.

Häring war von 2002 bis 2012 beim Handelsblatt zuständig für Geldpolitik, daneben schrieb er auch über Finanzmärkte, Konjunktur und Wirtschaftswissenschaften. Von Februar 2012 bis 2014 erklärte er in seiner täglichen Kolumne unter dem Titel »Stimmt es, dass...«, die auch als Buch erschienen ist, allgemeinverständlich ökonomische Zusammenhänge. Er ist Mitgründer und Co-Direktor der World Economics Association.

Im Februar stornierte er die Einzugsermächtigung. Daraufhin kam eine freundliche Aufforderung vom Beitragsservice von ARD ZDF Deutschlandradio, das Geld bitte zu überweisen oder – noch besser – eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Daraufhin schrieb er unter dem Betreff »Barzahlung von Rundfunkgebühr« zurück:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie haben mit Schreiben vom 6. März 2015 die Zahlung des zum 15. März fälligen Rundfunkbeitrag für den Haushalt, in*

dem ich wohne, eingefordert. Bitte teilen Sie uns mit, wo wir den Rundfunkbeitrag bar bezahlen können. Laut §14 Bundesbankgesetz sind »in Deutschland... auf Euro lautende Banknoten das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel«. Das bedeutet meines Wissens, dass Sie die Bezahlung einer Schuld mit diesem unbeschränkten gesetzlichen Zahlungsmittel nicht ablehnen dürfen.

Sollten Sie stattdessen auf Begleichung per Banküberweisung oder Einzug von Girogeld bestehen, bitten wir um Angabe der gesetzlichen Grundlage hierfür. Mit freundlichen Grüßen

Seither habe er nichts mehr vom Beitragsservice gehört. Um jedoch einer möglichen Zwangsvollstreckung zu begegnen, habe er seinen Barzahlungswunsch nochmals per Einschreiben mit Rückschein nach Köln geschickt, mit dem Hinweis, dass die Damen und Herren sich im Annahmeverzug befänden und daher kein Recht hätten, die Forderung mit Zwangsmitteln einzutreiben. Dann könne er nachher wenigstens beweisen, dass er die Barzahlung angeboten habe.

»Deshalb rufe ich alle Sparfüchse auf, und alle, denen unser derzeitiges Geldsystem auf die Senkel geht, es mir nachzutun«, so Häring. Zur Begründung, warum er dies tue, schreibt er: »Ich möchte mit anstän-

digem Geld per Überweisung oder Bankinzug bezahlen können, nicht mit Bankschulden, von denen die Banken fälschlicherweise behaupten, dass man sie jederzeit in richtiges Geld umtauschen kann. Das kann man aber nur, solange es ganz wenige tun. Fragen sie mal die vielen Holländer und Briten, die dachten, ihr »Geld« sei bei isländischen Banken auf dem Konto, und die dann feststellen mussten, dass sie kein Geld mehr hatten, sondern diese Banken lediglich Schulden bei ihnen, die sie nicht mehr zahlen konnten. Oder Sie fragen die Zyprioten und demnächst vielleicht die Griechen, ob Guthaben auf der Bank wirklich so gut wie richtiges Geld sind.«

Sein Kampagnenziel ist, dass so viele Menschen auf Barzahlung ihrer Rundfunkgebühren und sonstiger Zahlungen an den Staat bestehen, dass sich der gesetzswidrige Zustand nicht mehr aufrecht erhalten lässt, dass staatliche und halbstaatliche Stellen das gesetzliche Zahlungsmittel nicht akzeptieren. Dann müsse entweder wieder überall Bargeld angenommen werden, oder das Bankengeld müsse zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden. Dann würden die Parlamentarier jedoch merken, dass das mit dem Bankengeld, so wie es ist, unmöglich sei, weil dann der Staat für dieses Schuldgeld haften müsste.

Mehr Infos unter: <http://norberthaering.de>